

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Franzosenkasse der Maurer, Gipsier (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1. (ohne Beilage),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.

Herausgeber: Johann Staning,
berantwortlicher Redakteur: Fritz Bachofen, beide in Hamburg.
Medallion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Bremmerstraße 11, 1. Etage.

Anzeigen
für die viergeschossige Zeitung über deren Raum 80 A.
Postkatalog Nr. 8264.

Inhalt: „Konstitutionelles“ Betriebsystem und gewerkschaftliche Organisation. Ein Protest der Baugewerks-Berufsgenossenschaften. — Rundschau. — Baugewerbliches. — Sohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefstafte.

„Konstitutionelles“ Betriebsystem und gewerkschaftliche Organisation.

Über die Wirkungen derjenigen Gesetze, Erlassungen und Maßnahmen, welche die Regelung der Verhältnisse zwischen Arbeitern und Unternehmen betreffen, gehen die Ansichten der „staatserhaltenen“ Politiker tatsächlich scharf auseinander und zwar in zwei Hauptrichtungen. Während die eine in jedem Alte des Arbeiterschutzes, in jeder, auch noch so unbedeutenden Konzession an die Arbeiter eine „Stärkung des Geistes der Unbotmäßigkeit und Nebertreibung“, eine „Förderung der Umsturzbestrebungen“ sieht; erhofft die andere Richtung davon das Gegenteil, die Herstellung und Schaltung eines „guten Einvernehmens zwischen Arbeitern und Arbeitgebern“, insbesondere auch die „Verminde rung und allmähliche Verstörung des Einstusses der Sozialdemokratie auf die Arbeiter“.

Für beide Richtungen existiert offenbar die vernünftigste, gerechte und objektive Beurtheilung nach Maßgabe der Erfahrung nicht, denn diese lehrt, daß Das, was die Arbeiter als ihr gutes Recht fordern und erstreben, nicht dadurch an Werth für sie verliert, daß „massgebende“ Faktoren entweder es verweigern, oder ihnen entgegenkommen in der Absicht, die Arbeiter von einem selbständigen Vorgehen in allen ihre Interessen betreffenden Fragen zurückzuhalten. In der Entwicklung der Arbeiterbewegung giebt es eine unüberwindliche, immer stärker sich geltend machende Konsequenz, sowohl was die Grundsätze, als was die Praxis und Taktik anbetrifft. Der ihren Forderungen bereitete Widerstand, das Befreiern, sie in möglichster Vollmäßigkeit von der Willkür des Arbeitsherrenthums zu halten, bewirkt nicht, daß die Arbeiter dem herrschenden System günstiger geführt werden. Und andererseits ist es ganz ausgeschlossen, daß die andere Richtung mit ihrer spekulativen „Arbeiterfreundlichkeit“ ihren Zweck erreicht:

Das lehrt, wie gesagt, die Erfahrung. Da haben wir es u. U. zu thun mit den in der Gewerbeordnung vorgehegenden Arbeiter-Ausschüssen für gewerbliche Betriebe und mit den Gesellen-Ausschüssen der Innungen, sowie fortan auch der Handwerkskammern.

Man hat geglaubt, in dieser Einrichtung die Grundlage eines neuen Systems, des „konstitutionellen Betriebsystems“ seien zu dürfen. Die hierfür vorscheinende Idee ist die des „konstitutionellen Staats“ mit seiner auf gegenwärtiger Anerkennung beruhenden „ausgleichenden Thellung der Gewalten“. Wie im Staate das Parlament als Repräsentation des Volkes gegenüber der Staatsgewalt bzw. im Zusammenhang mit dieser eine mitheraffgende, mitbestimmende und kontrollrende Tätigkeit ausüben soll, so soll, meint man, im gewerblichen Betriebe wie in den Innungen und Handwerkskammern der Arbeiter-Ausschuß als Vertreter bestimmter Arbeitergruppen die Rechte und Interessen derselben gegenüber dem Unternehmer wahren zwecks Herbeiführung und Erhaltung des Einverständnisses zwischen beiden Teilen.

Überstreichlich oder unter gewissen Voraussetzungen betrachtet, eine an sich ganz richtige Idee. Nur schade, daß diese Einrichtung in der Praxis nicht selten, oder, richtiger gesagt, in der Regel zu schweren Bedenken Anlaß giebt, wenigstens das nicht ist, was sie nach der

Idee sein soll. Wie der staatliche Konstitutionalismus fast überall nur ein Scheinwesen ist, ausgekehlt den hindernden und unterdrückenden Praktiken der sich großer Übermacht erfreuenden Staatsgewalt, so ist auch in nahezu allen Fällen das konstitutionelle gewerbliche System nur ein scheinbarer Macht-ausgleichsfaktor. Der Unternehmer hat die durch Gesetz und Recht anerkannte Übermacht, zumal die Betriebs-Arbeiter-Ausschüsse nur facultativ, nicht obligatorisch sind. Nach den gegenwärtigen Bestimmungen sind zunächst die großjährigen Arbeiter eines Betriebes lediglich vor Erlass einer Arbeitsordnung oder Nachträge zu ihr zu hören. (§ 184 d der Gewerbeordnung). Sie können durch einen im Sinne des § 184 b zusammengestellten Ausschluß vertreten werden. Nach gehabter Arbeit steht seiner Auflösung gesetzlich nichts im Wege. Nur in dem einen Falle ist der Arbeiter-Ausschluß obligatorisch, wenn in die Arbeitsordnung Vorrichtungen aufgenommen werden sollen, die das Verhalten der Arbeiter bei Benutzung der zu ihrem Besten getroffenen Einrichtungen, sowie das Verhalten der minderjährigen Arbeiter außerhalb des Betriebes regeln. Dieser Ausschluß muss nach § 184 b ein ständiger sein. Was aber der Gesetzgeber unter „ständig“ verstanden wissen will, ist nicht ausgesprochen, so daß völlig willkürliche Anordnungen, betreffend die Dauer oder die Veränderung eines Ausschusses bzw. die Neuwahlen, möglich sind. Es ist gesetzlich durchaus nicht vorgeschrieben, wie lange ein gewählter Ausschluß antreten soll, wie oft die Neuwahlen vorzunehmen sind etc. Nebrigens ist in allen Fällen der Arbeiter-Ausschluß nur eine berathende und vorschlagende bzw. vermittelnde Körperschaft; die Entscheidung, die Bekämpfung der gemachten Vorschläge, die Beachtung der erhobenen Beschwerden, liegt immer beim Unternehmer.

Richtig nun vertrat der bürgerliche Sozialpolitiker Heinrich Freese in der „Sozialen Praxis“ die Ansicht, daß das „konstitutionelle“ Betriebsystem der gewerkschaftlichen Organisation eine „gefährliche Konkurrenz“ zu werden drohe. Ohne Zweifel ist von der Unternehmerschaft der Arbeiter-Ausschluß durchaus in diesem Sinne gedacht. Man verbündet damit den Zweck, die Arbeiter in den Wahn zu versetzen, wenn in Betriebe ein Arbeiter-Ausschluß bestehe, der ihre Interessen wahrnehmen könne, sei es für sie mindestens überflüssig, sich an der gewerkschaftlichen Organisation zu beteiligen. Über die Ansicht des Herrn Freese ist trotzdem eine völlig hältlose. Denn einmal denken die Arbeiter über ihre „parlamentarische“ Vertretung im Betriebe sehr kühl und nüchtern. Sie sind weit davon entfernt, diese Einrichtung im Geringsten zu übersehen, wohl wissen, daß das „konstitutionelle“ sich prinzipiell mit dem tatsächlich absoluten Betriebsystem unmöglich vereinbaren läßt. Die „parlamentarische“ Vertretung der Arbeiter wird völlig bedeutungslos, sobald sie Forderungen stellen, die der Unternehmer nicht bewilligen will und die füglich nur durch Kampf zur Geltung gebracht werden können. Sodann aber steht auch fest, daß für den Arbeiter-Ausschluß nichts näher liegt, als bestrebt zu sein, möglichst enge Fühlung und Verbindung mit der gewerkschaftlichen Organisation zu haben, ohne welche für den Fall eines ernstlichen Austragens von Differenzen nichts zu machen ist. Wenigstens in den Großstädten und den großen Industriebezirken, wo die gewerkschaftliche und politische Arbeiterorganisation besteht, wird dieselbe durch das „konstitutionelle“ Betriebsystem keine Beeinträchtigung erfahren können. Man erinnere sich doch nur, daß für die Zusammenfügung der gesetzlichen Gesellen-Ausschüsse in den Großstädten stets die organisierte Arbeiterschaft maßgebend gewesen ist.

Unter Umständen kann ein Betriebs-Arbeiter-Ausschluß vortheilhaft für die Arbeiter wirken, aber immer nur dann, wenn er auf die gewerkschaftliche Organisation sich stützen kann und diese hinter ihm steht, während der Unternehmer stets die Möglichkeit in Betracht ziehen muß, daß er rücksichtlich seiner Arbeiter mit dieser Organisation zu rechnen hat, die von ihm völlig unabhängig und eben deshalb für die Arbeiter von so großem Werthe ist.

Diejenigen, die da meinen, mit den Arbeiter-Ausschüssen könne eine Gegengewicht gegen die gewerkschaftliche Organisation geschaffen werden, geben sich einer argen Täuschung hin.

Ein Protest der Baugewerks-Berufsgenossenschaften.

Der Reichstag hat sowohl in der zweiten wie in der dritten Sitzung des Unfallverhütungsgesetzes-Nobells eine Erhöhung des Reservefonds der Berufsgenossenschaften und die Aufhebung der gegenwärtigen berufsgenossenschaftlichen Schiedsgerichte beschlossen.

Zu ersterem Besluß ist zu bemerken, daß der erhöhte Fonds das Kapitalbedeckungsverfahren vorbereiten und die Einführung der Witwen- und Waifenvorsorgung erleichtern soll. Als Grund für die Anhahung des Kapitalbedeckungsverfahrens wurde zutreffend auf die nach den angestellten mathematischen Berechnungen ermittelte Steigerung der Unfallentlastigungen hingewiesen. Auch wurde als weiterer Grund für die Notwendigkeit der Erhöhung des Reservefonds die Möglichkeit des Eintritts großer wirtschaftlicher Krisen angeführt, welche die Existenz des Gewerbes und der Industrie mehr oder weniger in Frage stellen. Sodann wurde im Reichstage noch die Ansicht ausgesprochen, daß mit den angesammelten Kapitalen Arbeiterwohnungen gebaut werden sollten.

Bei rücker, objektiver Überlegung muß man sagen, daß alle diese Gründe, welche für die Erhöhung des Reservefonds geltend gemacht wurden, Beachtung und Anerkennung — wenn auch teilweise nur eine bedingte — verdienen. Nach unserem Ermessens ist die Einführung der Witwen- und Waifenvorsicherung und die Maßnahmen auf die Eventualität einer wirtschaftlichen Krisis das Wichtigste.

Als die dritte Verhandlung der Nobelle wider Erwarten schnell bereits vollzogen war, gelangte an den Reichstag noch ein Protest des Verbandes der deutschen Baugewerksberufsgenossenschaften, welcher in erster Linie gegen die Erhöhung des Reservefonds sich richtet. Die Herren Felsch und Genossen erkennen die Notwendigkeit dieser Erhöhung nicht an. Sie behaupten: Das in den Berufsgenossenschaften zusammengesetzte Gewerbe Deutschlands habe eine „unbedingte Sicherheit für die zu tragende Unfalllast“. Schon jetzt steht dem Jahresbedarf der Berufsgenossenschaften von rund 50 Millionen Mark ein Reservefond von 180 Millionen Mark gegenüber.

Letztere Angabe ist richtig. Aber es ist wohl zu bedenken, daß eine vielleicht Jahre lang andauernde wirtschaftliche Krise den Reservefonds gewaltig schwächen oder gar ganzlich absohren kann. Die Herren Felsch und Genossen geben sich allerdings den Anschein, als glauben sie nicht an die Möglichkeit des Eintritts großer wirtschaftlicher Krisen; sie halten dieselben für „unwahrscheinlich“ und meinen recht naiv:

„Man sollte beratige Bilder nicht an die Wände der Parlamente malen, aber auch nicht auf eine solche Katastrophe dadurch hinzuwollen, daß man dem Gewerbe seine Betriebsmittel unnötiger Weise entzieht.“

Von solch einer „Entziehung“ kann nun aber doch im Ernst nicht die Rede sein, zumal es sehr wohl möglich ist,

einen großen Theil des Reservestonds in einer dem Gewerbe förderlichen Weise zu verwenden.

Es wird dann der Versuch gemacht, in folgenden Ausführungen zu beweisen, daß die Erhöhung das Gewerbe und speziell das Handgewerbe „schwer schädigen“ würde.

"Die Beiträge bei den Baugewerbs-Verufsgenossenschaften sind schon jetzt infolge der erheblichen Rentabilitäten verhältnismäßig hoch. Dieselben betragen für Mauer- und Zimmerarbeiten bis zu M. 23,40, für Dachdeckerarbeiten M. 37,50 und für Abbrucharbeiten M. 104,30 auf je 1000 Kub.".

„Die Genossenschaftsbeiträge werden schon gegenwärtig als recht drückende Lasten empfunden, was schon die That-
sache ergeht, daß in einer Berufsgenossenschaft

habe eigentlich, was in einer Verhandlung zwischen auf-
einanderlich gegen ein Viertel der Mitglieder
die Zwangsvollstreckung veranlaßt werden
muß und trotzdem die Beiträge, welche end-
gültig in Aussfall gestellt werden müssen, recht
bedeutend sind. Durch die Nominierung werden die Beiträge
an und für sich schon erheblich erhöht, weil darin eine wesentliche
Erweiterung der Leistungen an die Versicherten vorgesehen ist.
Dagegen tritt die Erhöhung der Lasten durch die fortwährende
Steigerung der Löhne, welche in keinem anderen Gewerbe so
sehr hervorträgt, wie im Baugewerbe. Nach der Madjutierung
des Reichsversicherungsgesetzes über die gesammten Rechnungs-
ergebnisse der Berufsgenossenschaften sind in den Jahren
1895 bis 1898 die Lohnbeträge im Baugewerbe

von 524 Millionen auf 725 Millionen Mark gestiegen. Darin sind nicht enthalten die Verträge der nicht anrechnungsfähigen Löhne, nämlich alle die Verträge, die über M. 4 pro Tag hinausgehen. Man müsste die obige Summe noch um ein Bedeutendes erhöhen, um auf die wirkliche Lohnsumme zu kommen. Auch ohne diese ergibt sich schon eine Erhöhung der Löhne um rund 40 p $\frac{1}{2}$, während die Zahl der Arbeiter nur um 16 p $\frac{1}{2}$ zugenommen hat. Also eine Steigerung der Kosten von allen Seiten. Trotz dieser unabwelsbaren Steigerung die durch nichts zu rechtfertigende Erhöhung des Mietverfonds hinzutritt, erhöhen sich schön hierdurch die Verträge und mindestens ein Drittel, also für Mauern und Zimmerarbeiten auf etwa M. 22, für Dachbedeckungen M. 50, für Abbrucharbeiten M. 140 der anrechnungsfähigen Löhne.

„Derartige Kosten können die Baugewerbetreibenden nicht tragen; es werden dann viele selbstständige Existenzgründungen zu Grunde gehen. Abgesehen davon, dass diese abbaubar die unzufriedenen Elemente vermehren, schädigen sie auch die gemeinsame Wohlfahrt.“ Schon jetzt hört man häufig Klagen über schwere Verluste, welche dem bauenden Publikum wie den Arbeitern durch unsolide Baugewerbetreibende zugesetzt worden sind. Dass solche derartige Schädigungen bei der unverhältnismässigen Erhöhung der Beiträge vermehrt würden, bedarf keines Beweises. Auch die Arbeiterschaft würde durch die Überlastung des Baugewerbes schwer geschädigt werden, die Arbeitslosigkeit würde herabgedrückt, dadurch allgemeine Streiks und viel Elend für die Arbeiter herbeigeführt werden. Eine allgemeine wirtschaftliche Schwächung des Gewerbes ist ein großes Unheil für die Arbeiterschaft.“

Die Herren Felsch und Genossen malen hier wieder mal grau in grau unter völlig willkürlicher Verwendung von Zahlenmaterial, wodurch die Laufzeit der Baugewerks-Berufsgenossenschaften als „recht deutscher“ erscheinen sollen. Bislang haben die Baugewerksgründer behauptet, diejenigen Berufsgenossenschafts-Mitglieder, die ihre Beiträge nicht zahlen, seien „unsolid“, „beifürgertische“ Elemente, die man möglichst „aus sich halten“ müsse. Jetzt erzählen die Herren Felsch und Genossen, daß die „rechtsdrückende“ West der Beiträge den großen Aufstand an förmlich bewirkt. Dazu die alte Klage über das „Zugrundebrechen vieler selbstständiger Existenzen“ unter der Versicherungswelt. Diese Klage wurde ja schon damals laut, als die Unfallversicherung noch in der Vorberichtung begriffen war; sie ist steis erhoben worden, so oft es sich um eine Belastung der Unternehmungen zu Gunsten der Arbeiter handelte. Und immer hat man dann auch auf dorgeschriebliche „Interessen der Arbeiter“ Rücksicht genommen. Es wird sich bald herausstellen, daß von einer „Überlastung des Baugewerbes“ durch Ver-

igerungsbeiträge jetzt ebenso wenig die Nede sein kann, wie früher davon die Nede sein konnte. Und wieder wird man erleben, daß die Unternehmer sich nach Möglichkeit schadlos zu halten suchen an den Arbeitern. Die Herren Geßell und Genossen weisen schon recht deutlich darauf hin mit ihrer Womierung über die in Aussicht stehende Herausbildung der Arbeitsklasse, welche Streiks in Gefolge haben werden. Allerdings ist eine allgemeine wirtschaftliche Schwächung des Gewerbes ein Unglück auch für die Arbeiter. Aber daß solch eine Schwächung resultieren könnte aus der Mehrbelastung für die Unfallversicherung, die in verhältnismäßig geringem Maße den einzelnen Unternehmern trifft, verhindern wir nicht einzusehen.

Was die Frage der Schiedsgerichte anlangt, so ist durch das neue Gesetz die Aufhebung der berufsgenossen-

schaflichen Schiedsgerichte ausgesprochen, die Entscheidung von Streitigkeiten über Entschädigungen auf Grund der Unfall-

Als Gründe für diese Aenderung wurde im Reichstag gestellt: a) dass die Sicherungsgerichte den genügend gesetzliche Befreiungen von der Haftstrafe ausüben können;

1. daß der Umfang der Bezirke der einzelnen Schiedsgerichte viel zu groß ist, und daß deshalb die Verurteilungssläger die Verhandlungstermine nicht persönlich wahrnehmen können;

2. daß der Umsang der Geschäfte bei vielen Schiedsgerichten häufig so gering ist, daß die Richter nicht selten sehr lange auf Entscheidung harren müssen.

Auch hiergegen erhoben die Herren Felsch und Genossen Protest mit folgenden Bemerkungen:

„Durch die beschlossene Neuerung würden die Fachleute als Beisitzer aus den Schiedsgerichten scheiden zum wesentlichen Nachteil für die Richtersprechung. In zahlreichen Fällen sind nur Fachleute im Stande, an die Berufungsstläge sachgemäße Fragen zu stellen und so die wahren Sachlage zu erforschen sowie zu beweisen, ob und in welcher Umfang ein berichter Facharbeiter Arbeiten seines Berufes zu verüben im Stande ist.“

Wir haben bis jetzt nicht in Erfahrung gebracht, daß auch „die Arbeiter“ gegen die Aushebung der berufsgenossenschaftlichen Schiedsgerichte sind. Die Stimmen aus Arbeiterkreisen, welche wir vernommen haben, bezeichnen die Anerkennung als eine solche, von der eine schnellere und bessere Erledigung der anhängig gemachten Klagen zu erwarten ist. - Die Herren Felsch und Genossen sprechen wie die Bediugniß ab, in Namen „der Arbeiter“ einen völlig hallischen Protest zu erlassen. Sowohl das berufliche Element wie die Einscheidung in den berüchtigten Schiedsgerichten der Industrieversicherung von Belang ist, wird es schon zu seinem Nachkommen.

Rundschau.

† Julius Dietrich. Aus Berlin kommt uns die überraschende und betrübende Kunde von dem Ableben unseres Freunds und Mitstreiters Julius Dietrich. In ihm verliert unsere Organisation sowohl, als auch ganz besonders die Berliner Putzerorganisation einen tüchtigen, erfahreneren und entschlossenen Vorkämpfer. Schon als im Anfang des siebziger Jahre die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland anfing, sich zu entwickeln, warf Dietrich im Verein mit mehreren, thells noch lebenden Kollegen in Berlin bemüht unter den Mauern und, da er sich das Putzen als Spezialfach erkoren hatte, besonders unter seinen engeren Berufskollegen eine den Anforderungen der Zeitenverhältnisse entsprechende Organisation zu schaffen. An allen grossen Kämpfen, die die Maurerschaft Berlins in der vorsozialistischen gesetzlichen Zeit mit dem übermächtigen Unternehmerhute führen musste, sahen wir ihn beteiligt; immer stand er in den vordersten Reihen. Als dann das Sozialstaatengesetz den Machthabern die Handhabe bot, mit brutaler Gewalt alle Arbeiterorganisationen, die im Geruche des Sozialismus standen, zu vernichten, da musste auch unser Freund einschwellen mit verhaltenem Groll im Herzen seine agitatorische und organisatorische Thätigkeit einstellen. Aber er erschien als einer der Ersten wieder auf dem Kampfplatz, als die Gewerkschaftsbewegung wieder ein etwas freierer Spielraum gewährt wurde. Von dieser Zeit an, vom Jahre 1881 bis zu seinem am 22. Mai erfolgten Tode, hat er in unerschrockener Weise für die Interessen der Arbeiter und im engeren Sinn für die seiner Berufskollegen gewirkt. Der Verstorbene war ein geschickter Redner und ein noch geschickter Versammlungsleiter, weshalb er auch gar häufig auf Kongressen und Generalversammlungen als Vorsitzender berufen wurde. An Anfeindungen und Schässigkeiten mancherlei Art hat es ihm allerdings auch nicht gefehlt. Diese bleiben. Keinem erspart, der in den vordersten Reihen der Arbeitbewegung steht.

Im Mai des Jahres 1895 auf einer grösseren Agitation reise für unsere Organisation wurde er plötzlich von einer tödlichen Krankheit befallen; die ihn zwang, seine Reise aufzugeben. Er sollte davon nicht mehr genesen. Der Abgrund, der bezwingen Tod hatte ihn zu fest gepackt; er liess seine Opfer nicht mehr los. Am Sonntag, den 27. Mai, ist er fast vollendetem 59. Lebensjahre dahin gegangen, von wo keine Wiederkehr geht. Am Donnerstag, den 31. Mai, haben ihn die Berliner Kollegen zur letzten Ruhestätte gebettet. Ein ehrenreiches Leben, aber auch reich an Kämpfen, damit wir immer begraben. Mag der tote Kämpfer ruhen, er hat seine Schuldigkeit gethan. Thun wir auch das unselige.

* Der Freiheitsberaubung beschuldigt war der Vertrauensmann der Maurer in Frankfurt a. M., S. Herbold.

und hatte die Frankfurter Strafkammer sich zum dritten Male mit der Sache am Sonnabend voriger Woche als beschäftigt, lebte. Der Neubau des Unternehmers Peter Mößel war seinerzeit die Sperrre verhängt worden. Mößel acht auf die Gesetzesfeste der Maurer, um die Aufsicht der Sperrre zu bewirken, geriet dort in erregter Wortwechsel mit Herborn und achtete daraufhin diesen wegen Freiheitsberaubung am 28. Februar, Herborn habe erklärt: „Hier sind wir Herren“ und habe sich dann an der Thür etwas zu schaffen gemacht, anscheinend um ihn einzuschließen. Die Strafkammer verurteilte nach zweimaliger Verhandlung am 20. Februar Herborn zu 14 Tagen Gefängnis, obwohl der Staatsanwalt siebt die Freiabschaffung beantragt hatte. Das Gericht war nämlich der Ansicht, daß der Angeklagte in der That die Thür abgeschlossen habe. Dieses Urteil wurde am 9. April vom Reichsgerechtlichen aufgehoben, weil es in rechtlicher Beziehung zu Bedenken Anlaß gebe. Das oberste Gericht ordnete deshalb erneute Verhandlung an, da der einerseits zu erledben ist, ob der Angeklagte überhaupt einen ernsthaften, nicht leicht zu entfernenden Verdacht der Thür bewirkt hat, und andererseits, ob Mößel während der Dauer dieses Verhältnisses den Willen, ihn zu entfernen, gehabt hat, aber gehindert war, ihn zu behalten.“ Die Verhandlung am Sonnabend drehte sich also um diese beiden Punkte. Der Angeklagte bemerkte, die Thür habe nur unten einen kleinen Schloß, und der Zeuge kann auch nicht behaupten, daß die Thür wirklich verriegelt worden ist. Er hatte nur den Eindruck, als ob er eingesperrt worden sei, aber er sagte: „Lassen Sie mich hinaus!“ gaben der Angeklagte sofort die Thür frei. Demnach kam die Strafkammer jetzt ebenfalls zu der Ansicht, daß eine Freiheitsberaubung nicht stattgefunden hat, und erkannte auf Freiabschaffung.

* Eine verzweigte Geschichte. Gegen einen Maurer aus Gr. Oberleben schwört noch ein Streitprozeß aus der 1898er Ausprägung in Magdeburg. Der Baumeisternehmer M. hatte den Maurer P. in Arbeit gestellt, aber wieder entlassen, als er erfahren, daß P. auf der schwarzen Liste stand. Die Kollegen P.s beschlossen darauf, seine Biedermeierstellung zu verlangen und, wenn die Verlangten erfolglos bliebe, die Arbeit niedergelegen. Der Maurer Reichard trat als Sprecher an den Unternehmer heran und sagte: Was sind das für Geschichten? Wollen Sie P. wieder einstellen? Wenn nicht, wird die Arbeit niedergelegt! Als M. erwiderte, daß gehe nicht, rief Reichard: „Felixabend“ und dann entfernten sich alle Arbeiter. Reichard wurde wegen dieser Handlungswille angeklagt, aber vom Schöffengericht freigesprochen. Auf die Berufung des Staatsanwalts hob das Landgericht Magdeburg das Urteil auf und verurteilte den Angeklagten wegen versuchter Erpressung zu zwei Wochen Gefängnis. Dieses Urteil wurde auf die Revision des Angeklagten vom Reichsgericht aus einem prozessualen Grunde aufgehoben. Darauf verurteilte dann das Landgericht Magdeburg am 22. Januar d. J. Reichard wegen Vergleichs gegen § 163 der Gewerbeordnung an fünf Tagen Gefängnis, was er durch Drohungen der Arbeitgeber zu bestimmt verschafft habe, vor der mit seinen Kollegen getroffenen Verabredungen zurückzuweisen. Es wurden nicht angenommen, daß Reichard dem P. einer rechtswidrigen Vermögensvorstellung habe verfallen wollen. Gegen das neue Urteil hatte der Angeklagte abermals Revision eingereicht. Sie wurde vom Reichsgericht für begründet erachtet, doch beantragte er nicht Freisprechung, sondern Zurückübernahme der Sache, da die Gründe für Rückannahme des Thatbestandes der verüchtigten Erpressung rechtsstrafrechtlich seien. Die Entscheidung des Reichsgerichts fiel völlig unerwartet aus. Es wurde nämlich keine Unrechtfertigung verhindert, sondern der folgende Urteilshalt: Das Reichsgericht spricht seine Unzuständigkeit aus und bezeichnet das Oberlandesgericht Naumburg als das für die Entstehung der vorliegenden Sache zuständige Gericht. Die Strafammer des Landgerichts Magdeburg hat sich ausdrücklich konstituiert als Berufungsgericht und hat auch in der Form überall als Berufungsgericht erkannt. Angefehlt bestens war das Reichsgericht nach Maßgabe des Gerichtsverfassungsgesetzes zu erkennen bei Hindernis und mußte seine Jurisdiktion aus sprechen. Die Frage, ob die Strafammer nach Lage der Sache überhaupt befugt war, so wie geschehen zu verfahren, kann nur von dem zuständigen Gerichte entschieden werden; das ist aber das Reichsgericht nicht. Vorauftischlich wird also das Oberlandesgericht die Sache an die Strafammer zurückverweisen und diese wird dann in erster Instanz entscheiden. Es ist also Ansicht, daß die Sache dann doch noch einmal an das Reichsgericht gelangt und sie soviel bis acht Instanzen durchmägt.

* Gewerbliche Rechtspflege. Kann einem rechtmäßig entlassenen Arbeiter (Aufforbarbeiter) der vollen Schadensersatz verlangt werden, aber bei Existenz und Höhe des erlittenen Schadens nicht nachzuweisen vermöchte, statt dessen die feste Entschädigung des § 124 b D. angeprochen werden, auf die er nicht geflagt hat?

mit Erfreunthöch vom 18. Januar 1900.
Aus den Gründen, die die Kläger hatten den Ausbau des Baugrundes zum Neubau eines Hauses im Alsfeld übernommen gegen einen Preis von 85 g für den Kaufpreis des Ausbaus. Am 28. Oktober 1899 kam es bei der Vereinigung des bereits vorgenommenen Ausbaus zu Differenzen, die die Kläger schließlich den Klägern nach der vor diesen aufgestellten Vereinigung aus, fügte aber bei: "Weiter gearbeitet wird nicht mehr". Mit diesen Worten hat der Verkäufer die Befreiung, die im Alsfeld übernommene Arbeit verboten und ist daher vertragshilflich gemordet. Nach § 124 in G. kann der Arbeiter vom Arbeitgeber Entschädigung für den Tag des Vertragsbruchs und jeden folgenden Tag der vertragsmäßigen Arbeitszeit bis zu einer Woche fordern, ohne hierbei irgend welchen Nachweis des wirklichen Schadens erbringen zu müssen. Der Arbeiter kann aber auch, wenn er mit einer solchen Entschädigung sich nicht zufrieden lassen will, an ihrer Schadensersatz in jedem Höhe verlangen, muß aber dann, wie bei jeder Schadenserschlag, den Beweis für die Höhe des erlittenen Schadens erbringen.

Zur gegebenen Fall haben die Kläger ausdrücklich, wie aus der Klageschrift und der Höhe der Summe erfordert, nicht auf Entschädigung, sondern auf Schadensersatz gelaßt. Die Geltendmachung des einen Anspruchs schließt die des anderen aus. Die Kläger waren nun bestreitlich, nachzuweisen, daß ihr Schaden gerade so hoch ist, wie sie behaupten, da von Seiten des Beflagenten ein Schaden der Kläger überhaupt bestritten, vielmehr behauptet wird, die Kläger hätten sogar um M. 64,58 zu viel Lohn ergötzen. Die Beweise

führung ist den Klägern nicht gelungen, ist auch unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich. Es konnte zwar festgestellt werden, wie groß die vor Beginn der Arbeitsfähigkeit der Kläger auf dem Baugrund ausgehobenen Grube war und wie groß jetzt nach Vollendung des Gesamtbaubaus durch andere Arbeiter das gesammelte ausgehobene Material ist. Nicht aber konnte festgestellt werden, wie viel hierdurch die Kläger ausgeschöpft wurde, da damals, als die Kläger mit der Arbeit aufhörten und andere Arbeiter sie aufnahmen, keine Ausmessung vorgenommen wurde. Man kann aber auch nicht aus den der zweiten Arbeitspartie für Fertigstellung der Arbeit gezahlten Löhnens und deren Verdienst den eventuellen Verdienst der Kläger berechnen. Es handelt sich im gegebenen Fall um Arbeit im Alttordlohn. Bei Alttordlohn ist aber der Verdienst des Arbeiters um so größer, je weiter der Zeit es ihm gelingt, die Arbeit zu leisten. Es wäre ja möglich, dass der Verdienst der Kläger ebenso groß wie der ihrer Nachfolger gewesen wäre, er hätte aber ebenso gut auch noch größer oder auch kleiner sein können. Es geht daher nicht an, dass man prahmt, der Verdienst der Kläger wäre gerade so hoch gewesen, wie der ihrer Nachfolger, dass man dann nach der Zahl der Tage, die zur Vollendung der Arbeit nötig waren, unter Zugrundelegung des ortsspezifischen Tagelohnes berechnet, welche Summe für so viele Tage als Tagelohn zu zahlen wäre, diese Summe von dem tatsächlich gezahlten Alttordlohn abzieht und die Restsumme als Alttordgewinn, bis zu dessen Höhe die Kläger Schadensersatz verlangen könnten, den Klägern zugestanden würde. Das geht nicht an infolge der individuell verschiedenen Arbeitsleistung des Einzelnen.

Nachdem den Klägern nicht möglich war, nachzuweisen, wie viel sie an dem Alttordlohn geleistet — denn nur hierdurch wäre möglich gewesen, zu erkennen, wie hoch der Verdienst der Kläger an dem einzelnen Tagelohner gewesen und hiernach hätte dieser der Verlust und Schaden berechnet werden können, den sie infolge des Verbotes, der Aushebung der restlichen Tagelohner erlitten haben — so war beim Befreiten des Verletzten, das überhaupt ein Schaden vorliegt, die Klage mangels genügenden Beweises kostengünstig abzuweisen.

(Das Gewerbegeklagt.)

* Einer prinzipiell bedeutungsvollen Entscheidung in Arbeitersachen wird in Kürze das Landgericht in Düsseldorf gegenübersetzen. Im Januar d. J. verhandelte die Firma Wornam & Elbers, als auf ihren Emailmutterwerken ein Alttordlohn ausgebrochen war, an sämtliche deutsche Firmen der Branche sogen. „Schwarze Listen“, welche die Namen der Ausständigen enthielten. Da sich eine gültige Einigung zwischen den Parteien nicht hat erzielen lassen und die Ausständigen auf Grund der versandten Listen neue Arbeitsgelegenheit weder am Platze noch auswärts erlangen konnten, haben die Leute nun mehr den Infanterie des Werkes, Dr. Elbers, auf Schaberschaff vertragt. Der Deutsche Gewerbeverein, dem die Kläger zum größten Theile angehören, hat den Rechtsanwalt bereits zugesetzt. Das Klageurteil wird auf 20.000 festgesetzt.

* Internationale Streitkämpfe. Die Zahl der Ausstände ist in starker Zunahme begriffen. In Deutschland, Frankreich und England werden nach der internationalen Streitkämpfe der Berliner Galionsrichter „Der Arbeitmarkt“ im Monat April 220 Ausstände gegen 178 im März gezählt. In Frankreich hat die Anwendung der Arbeiterschutzform Millerands zahlreiche Ausstände zur Folge gehabt, die der Verachtung bezüglich der Erhöhung des alten für 12 Stunden gesahlten Lohnes für den auf 11 Stunden verlängerten Arbeitstag gelten. Zur Verteilung des Pariser hat ein allgemeiner Ausstand der Bäcker und Waschschwestern stattgefunden. In diesem Ort wird seit die ganze schmutzige Wäsche der französischen Hauptstadt gewaschen; die Krankenhaus, Gefangenisse, Hotels und Restaurants gehen vor allem ihre Wäsche dorthin. Der Streit hat mit einem für die Ausländer vortheilhaften Ausgleich geendet. Die Arbeitgeber bewilligten eine Lohnsteigerung von 10 Prozenten Lohnsteigerung, weitere 5 % in zwei und noch einmal 5 % in drei Jahren. Zu den Baumwollspinnereien von Lille, Tourcoing und Roubaix fanden die Arbeiters um Lohnverhöhung. In Spanien ist die Auslandsbewegung im April besonders lebhaft. Bei Santander feierten 8000 Grubenarbeiter, in Barcelona und Bilbao sämtliche Arbeitnehmer der elektrischen Straßenbahnen und Omnibusse, in Madrid die Glas- und Metzgerarbeiter, sowie die Wagenaarbeiter, in Valencia die Gerber, in Gijon die Schuhdrucker. Ganz besonders umfangreiche Ausstände spielen sich auch in den Vereinigten Staaten ab. In Pittsburgs Kohlenrevier steuerten etwa 30000 Arbeiter. In Newark haben 800 bis 1000 an den Waschwerken beschäftigte Italiener die Arbeit niedergelegt. Weiter sind 3000 Angestellte der New Yorker Centralbank in Buffalo wegen Lohnunterschieden ausständig geworden.

* Ein nicht angenehmer Aufenthalt für Kaufleute führt scheint das reichsdeutsche Postamt Frankfurt in China zu sein. Wie der „Statist. Alman.“ mitteilt, wurde der Bauschwund der Fußboden der zahlreichen chinesischen Gewerbetreibende betrogen hat, wegen Unterlassung, Verleihung, geistlicher Körperverletzung und betrügerischer Untertricks zu vier Jahren und zwei Monaten Haftstrafe und Entfernung auf die Dauer von zehn Jahren verurteilt. In Deutschland hört man nichts von solchen „Fuchssällen“, obwohl es an Bauschwund-Fällen nicht mangelt.

Bauwirtschaftliches.

* Fährlichkeit der Bauarbeiten. Berlin. Auf dem Grundstück Brunnenseite 103 ist am 23. Mai der Maurer Eduard Lebere durch einen Sturz vom Gerüst schwer verunglückt. Er war auf einem Gerüst am Hintergebäude mit Abhängen des Hauses beschäftigt, als ein überlastetes Brett brach. Der Maurer fuhrte mit dem Möbel und seinem Handwerkzeug auf den gepflasterten Hof hinab, zog sich schwere innere und Kopfverletzungen zu und musste mit einem Eisenbett ins Stettiner Krankenhaus verbracht werden. — Beim Abriss eines Schornsteins verunglückt ist am 29. Mai der Schornsteinfegermeister Hubenthal. Auf dem Grundstück Klostergasse 17 wurde ein zwei Stock hoher Schornstein in der Weise abgetragen, dass sich an dem Giebel des höheren Nebenbaus an einem Teil herabstieß und an diesem schwiebend die Arbeit ausführte. Die Polizei warnte ihn und gab ihm auf, ein Hängegerüst anzubringen. Er aber arbeitete so weiter, bis der Teil sich und er in die Tiefe stürzte. Mit einem Schädelbruch und inneren Verletzungen wurde er bewusstlos nach dem Krankenhaus gebracht. — Ein Betriebsgebäude der elektrischen Hochbahn in der Treibbinerstraße stürzte am 30. Mai der Maurer Kolbe beim Auf-

bau des Gerüstes für die Malerarbeiten aus einer Höhe von etwa fünf Metern kopfüber auf den asphaltierten Asphaltboden. Aus einer hassen Steghunde blieb er bewusstlos liegen. Auf dem Wege nach der Unfallstelle, wo ein Schuhmann ihn bringen wollte, gab der Verunglückte schon fünf Minuten nach dem Unfall seinen Geist auf. Die Leiche wurde befragt und nach dem Schuhmuseum gebracht.

Crimmitschau. (Eig. Ber.) Am 23. Mai, sechs Uhr, ereignete sich hier ein schwerer Unfall. Unter Verbandskollege und früherer Vertrauensmann Lipps aus Leitelshain war mit noch einem anderen Kollegen auf einem sogenannten Leitergerüst, welches hier sehr wenig Verwendung findet, mit Abhängen einer alten Fabrik beschäftigt. Auf einmal brach die querliegende Leiter und Kollege Lipps sauste mit sämtlichem Handwerkzeug und einem Theil des Leiter 11 m in die Tiefe; der andere Kollege lag in der Aufzugsstühle und fiel mit dem bloßen Schreden davon. Dagegen hat Kollege Lipps schwere Verletzungen erlitten, die seine Wiederherstellung zweifelhaft erscheinen lassen. Der Arzt konstatierte Bruch des Rückgrats, Bruch des rechten Beines, Brustwandverletzung und schwere innere Verletzungen. Wer trägt die Schuld? Wir haben längst auf einer Bauteufelkontrolle bestanden, aber das Unternehmertum lehrt sich nicht daran. Das Gerüst wird eben so lange verwendet, bis es zusammenbricht. Auf ein Arbeitsleben kommt es ja nicht an. Das Amtsgericht hat mit dem Unternehmer Müller, der als unparteiische Person augezogen wurde, den Thatsachenstand an Ort und Stelle aufgenommen. Müller hat dabei erklärt, dass die Leiter im besten Zustande gewesen sei. Der muss es ja wissen.

Leipzig. — Infolge eines Feuertrittes starzte der 25 Jahre alte Maurer Emil Martin aus dem 3. Stockwerk eines Neubaus an der Zeitzer Straße und trug so schwere Verletzungen davon, dass er auf dem Transport nach dem Krankenhaus seinen Geist aufgab.

Lübeck. Am 26. Mai fiel auf dem Schulneubau, Moislingerstraße, der Maurer August Högl aus Schüttung beim Heraufziehen der Schalung einer sonst freitragenden Wölbung, welche sich gesenkt hatte, durch die Verkrüpplung. Der Verunglückte zog sich außer einer Brustwunde auch noch anhaltend innere Verletzungen zu. Er wurde in das städtische Krankenhaus überführt werden.

München. Auf einem Neubau in der Gieslstraße starzte am 29. Mai ein Maurerarbeiter aus der Höhe des zweiten Stockes auf die Straße herab und erlitt hierdurch schwere innere Verletzungen und einen Bruch des linken Fußes.

Münchweiler (Pfalz). Am 28. Mai starzte der Maurer Franz Andreas so ungünstig von einem Neubau ab, dass der Tod sofort eintrat.

Passau. (Eig. Ber.) Am Donnerstag, den 31. Mai, ereignete sich auf dem Neubau des Bauenhauses Schwarz ein schwerer Unfall. Der Maurer Karl Prene wollte einen Kalkstein etwas weiter vorziehen, wobei er auswischte (es hatte vorher stark geregnet) und aus einer Höhe von zirka vier Etagen (ein Schubdach war nicht angebracht) in den Hof hinunterstürzte. Der Bedauernswerte hat sieben Brüche davongetragen. Er wurde sofort nach dem Krankenhaus geschafft, wo er am Sonnabend früh an den erlittenen Verletzungen verstarb. Die Freude des Verunglückten ist am Dienstag, den 29. Mai, begehalten. Zwei Kinder betrauern somit den Tod ihrer Eltern in knapp acht Tagen.

Rosenheim (Oberbayern). Am Samstag, den 19. Mai, ereignete sich am hiesigen Gefangenenshaupt ein schwerer Unfall. Beim Heraufziehen von Balken löste sich ein Mauerstein, der herunterfiel und einer Arbeitnehmer den Schädel zerstörte. Der Rosenheimer Anzeiger schreibt nun am Schluß seines Berichtes über diesen Fall: „Dass die vielsachen Gerüchte, als hätte die bauleitende Firma es an Vorhöchstmaßregeln fehlen lassen, in keiner Weise den Thatsachen entsprechen.“ Den trifft nun die hiesige Bauarbeiterchaft entschieden entgegen mit zwar aus folgenden Gründen: 1. Zum Aufziehen der Balken sollten Freien überhaupt nicht verwendet werden. 2. Der sogenannte Gafsen, mittelst dessen das Aufziehen geschieht, war nicht vorhöchstmaßig nach auswärts gedreht, sondern stand beinahe parallel zur Maurer, wodurch das Sait an die Maurer streiste und den Ziegelstein loslöste. 3. Der Fall hätte auch dann nicht passieren können, wenn die Maurer obgedreht gewesen wären.

4. Es wäre Vieles zu verhindern, wenn die rischlichste Antreiberei nicht geübt würde, wie das seitens des Passiers Högl, der vor wenigen Jahren noch Bauernknecht war, geschieht. Von den hier nicht wiederzufindenden Schimpfbrotwirten des Zimmerpferdes Glommer den Arbeitern und Arbeitnehmer gegen über ganz zu schwigen. Meinte doch Herr Glommer, nachdem das Unglück geschehen war: „Wegen dieser Bonzai (Hilf) soll ich mich entsperren lassen.“ (Waren denn gar keine Männer zugewesen, die dem rohen Patron das faumige Maul gestopft hatten! Die Redaktion.)

Schwerin (Pfalz). Am einen Neubau fiel ein Ziegelstein vom 5. Stockwerk herab und einen 17-jährigen Arbeiter direkt auf den Kopf. tödlich verletzt, wurde der Unglückliche nach dem Ludwigshafener Krankenhaus gebracht.

Lohnbewegungen und Streiks.

Maurer.

Ausgesperrt sind resp. im Streik befinden sich die Kollegen in Ahrensburg, Husum (Schleswig-Holstein), Friedland (Mecklenburg), Bötzow, Golßen, Rendsdorf, Frankfurt a. d. O., Weißwasser (Oberlausitz), Elbing, Culmsee (Prov. Preußen), Bromberg (Posen), Bleicherode, Zeitz, Colbitz (Prov. Sachsen), Nordhausen (Oldenburg), Wiesbaden, Gießen, Fulda (Prov. Hessen), Halberstadt.

Sperren sind verhängt über die Bauten der Unternehmer Scheel, Sayken, Martini, H. Schacht und Willhöft in Bargteheide, H. Schöllingen und O. Lehmann in Friedrichsdorf bei Kiel, Bau „Karlsbüttel“ in Rendsburg, Alb. Loos in Hohenlimburg, Konow in Boizenburg (Elbe), Appen in Wittenberge, Lappo in Frankfurt, Haldorf in Fahrtenkrug, Poggensee in Hamdorf, Lange in Wöhldorf von der Zollstelle

Segeberg, Zucker- und Pulversfabrik in Schnaken, Bau „Sacharienfabrik“ in Salbke bei Bremen, Dörfelkow in Striegau, Fischer in Köln-Nippes, Schmidt-Hoyer in Lüdenscheid, Fischer in Nienburg a. d. S., C. Eichhorn-Jaucha, J. Klingler-Zetsch und A. Dähne-Hohenmöhlen von der Zollstelle Sohnenmöhlen, Förster in Adlershof und Befquell, Maschetti, Lorenz Schwarzer in Nieder-Olm.

Auszug ist weiter fern zu halten von Kassel, Saalfeld, Tangermünde, Spandau, Herford, Danzig, Neuhausen, Hildesheim, Mainz, von Bremerhaven-Behe-Gestemünde, Konstanz, Magdeburg, Braunschweig, Gatersdorf bei Hirschberg in Schl. und Elberfeld wegen großer Arbeitslosigkeit.

In Gardelegen ist der Streik am 28. Mai beendet. Es wurde ein Stundenlohn von 29 und 30 Pf und die zehntägige Arbeitszeit bewilligt.

Gleichfalls am 28. Mai wurde der Streik in Rehden beendet. Die Forderungen der Kollegen sind bewilligt worden. Die Unternehmer haben sich auch schriftlich bereit erklärt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen alljährlich mit der Lohnkommission zu regeln. Die 14-tägige Rendigung bleibt bestehen.

Wendeburg wurde auch der Streik in Wismar-Stadt. Die Kollegen haben sich mit einer geringfügigen Lohnverbesserung zu erfreuen gegeben. Wenn die Lohnverbesserung in Elmshorn eintrete, soll auch in Wismar der Lohn auf's Neue erhöht werden.

In Adlershof ist der allgemeine Streik aufgehoben. Lieber die Männer des Unternehmers Förster ist die Sperre verjüngt worden. Bei Förster sind Alttordmauer beschäftigt.

Die Sperre über den Bau der Schwartlofschen Fabrik in Königs-Wusterhausen musste wegen übermäßigen Zusangs aus Berlin als erfolglos aufgegeben werden. Den Berlinern wurden angeblich 62½ % Stundenlohn und freie Fahrt geboten, während die anfangs stolzigen Kollegen nur 50 Stundenlohn verlangten.

In Langenberg i. Reich wurde der geforderte Stundenlohn und die zehntägige Arbeitszeit bewilligt, ohne dass es zum Streik kam. Die Anerkennung der Forderungen geschieht seitens der Unternehmer stillschweigend. Auf Unterhandlungen mit der Lohnkommission glaubten die Herren sich nicht einlassen zu können.

In Bleicherode hatte der Unternehmer Werkmüller die Forderungen der Streikenden bewilligt und auch unterschrieben; auch die übrigen drei Unternehmer wollten vorzüglich die Forderungen bewilligen, schriftlich wollten sie aber nichts von sich geben. Die Streikenden trauten aber diesem Frieden nicht und nahmen die Arbeit unter den obwaltenden Umständen nicht auf. Nun wurde der Unternehmer Werkmüller von seinen Kollegen bestimmt und zog er seine den Gesellen schriftlich gemachte Befreiung wieder zurück. Die Lohnkommission ging daraus hin mit dem Vertrage zu dem Bürgermeister und erfuhr die Dienste um Vermittelung, damit Werkmüller sein Wort einholte. Diese Vermittelung hatte aber keinen Erfolg. Die Unternehmer ließen durch den Bürgermeister erklären, dass sie nicht geneigt seien, fest und dauernde schriftliche Vereinbarungen einzugehen. Die Herren wollen also den Krieg; möge sie der Ausgang desselben schreien, dass die Seiten sind, in denen die Unternehmer nach Belieben über die Arbeitskraft der Gesellen und Arbeitnehmer verfügen können. Die Streikenden haben übrigens alle in einem benachbarten Orte Arbeit erhalten und sehen dem Zusammenbruch des Unternehmerschmuts mit Augen entgegen.

Der Streik der „grünen“ Maurer in Fulda ist beendet; die Kollegen haben gesiegt. Ein Herr Kapp hat uns ein längeres Schreiben gesandt, worin er genau unseren Artikel aus Fulda polemisiert und die Fuldaer Gesellschaft in Schutz nimmt. Wir kommen darauf noch zurück.

Unsere Kollegen in Konstanz halten auf gütigem Wege fast allgemein die zehntägige Arbeitszeit und eine entsprechende Erhöhung des Stundenlohns erlangt. 850 von den etwa 380 beschäftigten Männern hatten sich durch Namensunterschrift bereit erklärt, schriftlich wollten sie aber nichts von sich geben. Die Gesellen trauten aber diesem Frieden nicht und nahmen die Arbeit unter den obwaltenden Umständen nicht auf. Nun wurde der Unternehmer Werkmüller von seinen Kollegen bestimmt und zog er seine den Gesellen schriftlich gemachte Befreiung wieder zurück. Die Lohnkommission ging daraus hin mit dem Vertrage zu dem Bürgermeister und erfuhr die Dienste um Vermittelung, damit Werkmüller sein Wort einholte. Diese Vermittelung hatte aber keinen Erfolg. Die Unternehmer ließen durch den Bürgermeister erklären, dass sie nicht geneigt seien, fest und dauernde schriftliche Vereinbarungen einzugehen. Die Herren wollen also den Krieg; möge sie der Ausgang desselben schreien, dass die Seiten sind, in denen die Unternehmer nach Belieben über die Arbeitskraft der Gesellen und Arbeitnehmer verfügen können. Die Streikenden haben übrigens alle in einem benachbarten Orte Arbeit erhalten und sehen dem Zusammenbruch des Unternehmerschmuts mit Augen entgegen.

Der Streik der „grünen“ Maurer in Fulda ist beendet; die Kollegen haben gesiegt. Ein Herr Kapp hat uns ein längeres Schreiben gesandt, worin er genau unseren Artikel aus Fulda polemisiert und die Fuldaer Gesellschaft in Schutz nimmt. Wir kommen darauf noch zurück.

Die Unternehmer in Konstanz halten auf gütigem Wege fast allgemein die zehntägige Arbeitszeit und eine entsprechende Erhöhung des Stundenlohns erlangt. 850 von den etwa 380 beschäftigten Männern hatten sich durch Namensunterschrift bereit erklärt, schriftlich wollten sie aber nichts von sich geben. Die Gesellen trauten aber diesem Frieden nicht und nahmen die Arbeit unter den obwaltenden Umständen nicht auf. Nun wurde der Unternehmer Werkmüller von seinen Kollegen bestimmt und zog er seine den Gesellen schriftlich gemachte Befreiung wieder zurück. Die Lohnkommission ging daraus hin mit dem Vertrage zu dem Bürgermeister und erfuhr die Dienste um Vermittelung, damit Werkmüller sein Wort einholte. Diese Vermittelung hatte aber keinen Erfolg. Die Unternehmer ließen durch den Bürgermeister erklären, dass sie nicht geneigt seien, fest und dauernde schriftliche Vereinbarungen einzugehen. Die Herren wollen also den Krieg; möge sie der Ausgang desselben schreien, dass die Seiten sind, in denen die Unternehmer nach Belieben über die Arbeitskraft der Gesellen und Arbeitnehmer verfügen können. Die Streikenden haben übrigens alle in einem benachbarten Orte Arbeit erhalten und sehen dem Zusammenbruch des Unternehmerschmuts mit Augen entgegen.

Aus Halberstadt wird uns telegraphisch mitgetheilt, dass der Streik am Dienstag, 5. Juni, begonnen hat.

In Herford wird es wahrscheinlich am Tage nach Pfingsten zum Streik kommen.

Die Unternehmer in Frankfurt a. d. O. haben schwarze Lizenzen verfertigt, worin 240 Maurer namentlich aufgeführt sind. Wir nehmen Rücksicht davon. Bezeichnet werden die Unternehmer ja nicht viel mit ihrem Terrorismus; die schwarzen Listen in Beilen der Prospersität sind unangreifbare Mittel.

In Gießen sind über 300 Maurer in den Streik eingetreten; 72 angebliche Maurer blieben als „Arbeitswillige“ sitzen, darunter sollen in Wirklichkeit aber nur 30 Maurer sein.

die Nebrigen sind zwischengeschobene Halslanger. Weiter sind auf den Streitbrechern beschäftigt: 81 Partiere, 9 Lehrlinge und 107 Arbeiter. 10 Kollegen arbeiten zu den neuen Bedingungen. Die Streitenden wollen nach Prüfung den Ort in großer Zahl verlassen.

Die Unternehmer von Wiesbaden drohen mit der Aussperzung der einheimischen Arbeiter bis zum Frühjahr nächsten Jahres. Der Verband der hauptsächlichen Unternehmer hat der Lohnkommission sowie jedem Einzelnen der Streitenden folgendes Schreiben zugesandt lassen:

"Die heutige Generalverhandlung der vereinigten Meisterschaft von Wiesbaden und Umgegend fordert die ausständigen Maurer- und Tagelässer in dem eigenen Interesse der Arbeiterschaft auf, die Arbeit unter den alten Bedingungen bis zum 8. Juni wieder aufzunehmen. Sollten sich die Arbeitnehmer dieser Auflösung entgegenstellen, so seien die Weitern rücksicht dem weiteren Verlauf des Streits entgegen und sind gezwungen, sich für die Folge einen Stammfremden Arbeiter heranzuziehen und dauernd zu beschäftigen, eventuell unter gänzlichem Ausschluss der heimischen Arbeiter bis zum 15. März 1901."

Hoffnungslos vorsteht aber auch nichts! Bei den Streitenden hat denn auch die "liebvolle" Ermahnung der Meisterschaft gar keinen Eindruck gemacht. Ein am 29. Mai tagende Personallistung der Streitenden beansprucht ihre Kommission, dem Vorstand des Unternehmervereins wie folgt zu antworten:

"Die Maurer bestätigen hiermit den Empfang Ihres Schreibens vom 23. Mai und erklären einstimmig, nicht früher zur Arbeit zurückzukehren, bis die Unternehmer die Forderung der Gesellen anerkannt haben oder auf dem Wege der gemeinsamen Verhandlung ein ehrlicher Friede geschlossen ist."

Die Unternehmer haben, wie es scheint, ihre ganze Hoffnung darauf gesetzt, daß zu Pfingsten viele der abgereisten Streitenden zu Hause kommen und dann nicht wieder zur Arbeit zu bewegen sein werden. Hoffentlich machen die Streitenden den Unternehmern einen Streich durch die Abreise.

In Düsseldorf haben sich sieben Streitbrecher von auswärts angefüllt. Die Lage des Streits wird dadurch aber wenig verändert, jedenfalls sind die sieben "Arbeitswilligen" nicht in der Lage, den Sieg der Streitenden zu verhindern.

In Ahrensburg haben nur noch zwei Unternehmer die Forderungen nicht bewilligt. Drei Kollegen befinden sich noch im Streit.

Die Görlitzer Kollegen haben auch in diesem Jahre auf die Verbesserung ihrer Lage verzichtet. Auf die wiederholten Untersuchungen des Unternehmers hätte es nur eine Antwort geben können: Einheitliche Arbeitsbedeckung. Die Görlitzer Maurer sind aber lange vor dem Streit und nehmen lieber das Joch des elbständigen Arbeitszeit auf sich.

Die Elbinger Unternehmer waren noch immer vergeblich auf Zugang und werden wohl auch noch weiter warten müssen, bis sie durch Befristigung der Forderungen die einheimischen Gesellen zurückfordern haben. Zu Pfingsten haben zwölf Lehrlinge ihre Lehrzeit beendet, auch diese wollen dann die Arbeit einführen.

Genauso günstig stehen die Streit in Bromberg und Culmsee, dagegen in Weißwasser. Die Unternehmer im letzten Orte haben es zwar fertig gebracht, daß dem Streitkomite das Betreten des Bahnhofsviertels verboten worden ist, auch haben die Unternehmer Warnungstafeln an den Bauten aufgestellt, wonach den Streitenden das Betreten der Bauten verboten ist — aber die bemühten Gesellen haben sie dadurch nicht gestoppt. In allen übrigen Streitorten sind nemenswerthe Veränderungen nicht vorgekommen.

Stukkature.

Im Streik befinden sich die Stukkaturen in Dortmund und Düsseldorf.

* * *

In Berlin sind die Differenzen bei der Firma Junckersdorf beigelegt und die mit Hilfe des Eingangsamtes Kollege Döschhoff als Vertreter der Arbeiter legt ausführlich dar, warum 22 bei Junckersdorf beschäftigte Stukkaturen durch die "Freie Vereinigung" der Unternehmer auf die schwarze Liste gesetzt wurden. Döschhoff bemängelt die Angaben der Unternehmer, die sie bei Antrag des Eingangsamtes zu Protokoll gegeben haben. Es sei nicht wahr, daß der 1. Mai bei der Verhandlung der Sperrre über die Firma Junckersdorf irgend welche Rolle gespielt habe. Zum Ausklang und zur Sperrre sei es vielmehr lediglich deshalb gekommen, weil die Gemeinkosten mit den Stukkaturen P. und T. wegen ihres unsolbärtlichen Verhaltens nicht hätten zusammenarbeiten können. P. und T. hätten ihnen nicht nur Gegenstände weggenommen, die sie bei der Arbeit notwendig brauchten, sie hätten auch verschiedene von ihnen mit Brügel bedroht. Außerdem wäre von den beiden die festgelegte Arbeitszeit täglich um mindestens eine halbe Stunde überschritten worden. Ferner hätten die Gemeinkosten entgegen der Angabe im erwarteten Protokoll nicht verlangt, P. und T. gänzlich zu entlassen, sondern nur, sie von den Mätern fortzuschicken, wo die Mäter der Kollegen in Lohn arbeite. Bei der Abrechnung dieser Forderung seien Streit und Sperrre unausbleiblich gewesen. Darauf hätten dann die einheimischen Unternehmer die 22 Ausländer auf die schwarze Liste gebracht. Herr Junckersdorf gab zu, daß sich in das Protokoll ein Irrthum eingeschlichen habe. Er will aber etwas von einer gänzlichen Entlastung P. und T. gehörte haben. Herr Kleefeld, der Vorsitzender der Freien Vereinigung der Unternehmer, erklärte sich für den Frieden. Kollege Krebs, einer der Vertreter der Arbeiter, betonte, daß es sich hier nur um die Erledigung des Sachs Junckersdorf handeln könne, nicht um allgemeine Forderungen. Und diese sei erlebt, wenn folgendes ausgesprochen werde: Die Ausländer werden von Herrn Junckersdorf wieder eingestellt und zwar zu den letzten Bedingungen, d. h. zu einem Minimallohn von M. 7 täglich bei 8½ stündiger Arbeitszeit. Die schwarze Liste wird abgeschafft. P. und T. sind mit den Anderen zusammen auf den in der schwarzen Liste angeführten Bauten nicht zu beschäftigen. Kleefeld bat, es bei der Weisungserstellung der 22 zu belassen und nur zu sagen: „unter den alten Bedingungen.“ Seien Sir,“ bemerkte Kleefeld zu den Vertretern der Arbeiter gewandt, „doch gegen die Leute großmütig.“ Herr Gaspari der Unternehmervereinigung wünschte die Frage vom Eingangsamt entschieden, ob es überhaupt berechtigt sei, Sperrre zu verhängen. Er schwieg vor zu bestimmen, daß Sperrre nicht mehr ausgesprochen werden

sollten, bis ein Schiedsgericht aus Arbeitern und Unternehmern sich mit der Sache beschäftigt habe. Nach langer Beratung machte der Vorsitzende Dr. Gerth gegen 7 Uhr Abends folgenden Vergleichsvorschlag, der von beiden Parteien angenommen wurde: „Die Aussperzung wird aufgehoben und die schwarzen Listen werden zurückgenommen. Die Arbeiter werden seitens des Herren Junckersdorf zu den vor der Sperrre geltenden Bedingungen, und zwar 8½ stündige Arbeitszeit und M. 7 Minimallohn, wieder eingestellt. Die eventuelle Weisungserstellung von P. und T. (sie halten mittlerweile selbst die Stellung aufgegeben) darf nur zu den obigen Bedingungen stattfinden. Von beiden Parteien werden je drei Mitglieder zu einer Kommission gewählt, die bei jeder Weisungserstellung und bei sonstigen Streitfragen in Thätigkeit tritt. Den Vorstand in der Kommission führt ein Arbeitgeber, der von den Arbeitgebern gewählt wird und dessen Name dem Vertretermann des Arbeitnehmers mitgeteilt ist. Kommt in der Kommission keine Einigung zu Stande, so bleiben den Parteien weitere Schritte vorbehalten. Maßregelungen dürfen von keiner Seite vorgenommen werden.“ Die Arbeit ist am 31. Mai früh wieder aufgenommen worden.

Aus unserer Bewegung.

Die Schriftführer werden ersucht, nur schmales Papier zu benutzen und dieses nur auf einer Seite zu beschreiben. Wird ein großer Bogen Papier benötigt, so soll man ihn nicht bloss durchbrechen, sondern gleich ausschnitthaften, weil sonst genauso über die Bruchstelle auf beiden Seiten hinweggeschrieben und dadurch eine nachherige Trennung unmöglich wird. Berichte, die dieser Vorschrift nicht entsprechen, werden in Zukunft nicht berücksichtigt.

Vertretungen auf die Nr. 12 des „L'Operario Italiano“ müssen bei unserer Expedition bis Montag, den 11. Juni, eingegangen sein. Später einlaufende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon Dienstag früh gebrückt wird.

Alle Aufschriften, die schneller Erledigung bedürfen, richten man direkt an die Redaktion des „L'Operario“: C. Legien, Hamburg-St. Pauli, Martinstr. 15, 2. Et.

Vertretungen auf die Nr. 12 des „L'Operario Italiano“ müssen bei unserer Expedition bis Montag, den 11. Juni, eingegangen sein. Später einlaufende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon Dienstag früh gebrückt wird.

Die Bahlstelle Altenstein hielt am 21. Mai im Saale des Hotel Storck eine Mitgliederversammlung ab, welche gut besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Vorsteher Konkordia über „Zweck und Nutzen des Verbands und über Forderungen desselben“. Der Redner erinnerte an großen Besuch. In der Diskussion sprachen die Kollegen von darüber und darüber im Sinne des Redners. Zum zweiten Punkt wurde einstimmig beschlossen, den Streitfonds obligatorisch einzuführen. Über die Abordnungen entsprach einstimmig der Beschluss. Kollege Oberberg II rügte, daß sich einige Kollegen häufen brauchen lassen, noch nach Feierabendarbeiterzeit zu verhandeln. Kollege Konkordia erinnerte die Kollegen an ihre Pflicht und ermahnte sie, den Arbeitern gegenüber nie das Solidaritätsgefühl außer Acht zu lassen und seine Arbeitseidienste zu verrichten. Hierauf wurde als zweiter Grundsatz „Verdreierte Kollege Konkordia gewählt. Kollege Konkordia verfasste sämmtliche an die Unternehmer gerichtete Briefe, auf die über keine Antwort eingegangen ist. Es wurde von der Versammlung beschlossen, bis zum 1. Juni zu warten, da am 29. Mai der Gesamtversammlung in welchem gleichzeitig Mitglieder der Lohnkommission sind, Sitzung hat. Kollege Dünigkeit ermahnte die Kollegen, ihre Weisungen pünktlich zu beobachten und nicht zwei bis drei Monate zu warten. Mit einem kräftigen Schlusswort des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

In Aken fand am Sonnabend, den 19. Mai, in dem Lokal des Herrn Stöltz eine öffentliche Maurerversammlung statt. Kollege Eichfeld aus Bölkau, hielt einen Vortrag über das Thema: „Arbeiterorganisationen und Unternehmerverbände“. Die Versammlung war nur mäßig besucht. Kollege Eichfeld hielt einen vorzülichen Vortrag und ermahnte zum Schlusse die Kollegen, den Streitfonds obligatorisch einzuführen. Redner erinnerte lebhaft den Besuch. Dann erinnerte Kollege Trocha die Kollegen, weiter zu agieren für unsere Bahlstelle, denn es sind hier zirka 80 Maurer wohnhaft am Orte, wovon nicht die Hälfte dem Verband angehört. Da ist es unsere Pflicht, die Kollegen aufzuläutern. Drei Kollegen wurden aufgenommen. Da weiter nichts vorlag, wurde die Versammlung geschlossen. Mit dem Wunsche, daß unsere Bahlstelle täglich blühen und gedeihen möge.

Die Bahlstelle Bölkau hielt am 27. Mai ihre regelmäßige Versammlung ab. Im ersten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Matthes über die gegenwärtige Situation und über die Lage des Streits. Es hat sich in Aken ein neuer Unternehmer gefunden, der auch Kollegen zu den neuen Bedingungen in Arbeit genommen hat. Dann wurden in „Gewerkschaftsstil“ den Kollegen Jäger I. 10 als Unterstützung bei seiner Freizeit zugestanden. Hierauf wurden noch drei Junggesellen in den Verband aufgenommen, die auch gleich den Ort verlassen haben. In „Berichtsstil“ wurde über das erste Sitzungsfest gesprochen und ein Comité von drei Mitgliedern gewählt. Weiter wurde noch beschlossen, einen Losfonds zu gründen, zur Unterstützung frischer Mitglieder. Dann folgte Schluß der Versammlung.

Die Bahlstelle Blankenburg a. S. wählte in ihrer Mitgliederversammlung am 20. Mai an Stelle des Kollegen

Witting, der den Ort verlassen hat, den Kollegen A. Göbel zum Bevollmächtigten. Auf Antrag des Kollegen Göbel wurde abstimmen, in Rückblick auf die außerhalb der Stadt arbeitenden Kollegen die Versammlungen häufig am Sonntagmittag abzuhalten. Als Revisor wurde Kollege Göbel gewählt. Eine Anregung des Kollegen Witting, am Himmelfahrtstag den Kollegen in Gattenfeld und Süttenerode einen Besuch abzuhalten, wurde seitens der Versammlung mit lebhafter Zustimmung freigegeben.

In der am 21. Mai stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung der Bahlstelle Charlottenburg sprach Reichstagsabgeordneter E. Mörsen o. o. über: „Wirtschaftskämpfe und Arbeiterschaftsvereinigungen“ ein und fußte. Redner kam zunächst auf die Entwicklung des Handwerks und die Bildung der Bünde hin. Selbige hatten den Zweck, die Rechte und Interessen des Handwerks zu wahren, zeigten sich aber später mit dem Wachstum des Handwerks als wohltuende Unterdrückungs- und Ausbeutungsbildungen. Zum Schluß nun gegen diese Bünde vereinigten sich dann die Handwerksgesellen

in die auf christlicher Grundlage stehenden Bruderschaften, welche dann auch ihren Zweck vollständig erfüllten. Diese mittelalterlichen Organisationen bedurften nur, nachdem sie durch das Empörblühen des Handels wieder gebrochen, des Übergangsstadiums, aus dem sich die heut bestehenden Organisationen entwickelten. Redner legte zum Schluß noch klar, daß der Einzelne dem Kapital machtlos gegenübersteht, die Organisation aber die wirkliche Waffe dagegen sei. Es sei darum Pflicht eines jeden Gewerkschaftsmitgliedes, für die Stärkung seiner Organisation Sorge zu tragen. Stürmischer Beifall lobte den Redner für seine interessanten Ausführungen. Diskussion wurde nicht beliebt. Unter „Gewerkschaftliches“ wurden dann die Versammlungen der Arbeitsnachweise, wie sie der Deutsche Bauarbeiterbund bekannt gegeben, einer herben Kritik unterzogen. Man sprach sich dahin aus, den Arbeitsnachweis in dieser Form nicht zu benutzen. Auf dem Rathausbau, Unternehmer Vogt, weigerten sich einige Kollegen, nachdem sämmtliche Kollegen dagegen aufgetreten waren, die Versammlung zu machen. Die Folge davon war, daß alle Kollegen am nächsten Morgen bis 8 Uhr aufzustehen mußten. Man verlangte nun die verlängerte Zeit abzulegen, dies wurde aber verwirkt, und es legten infolgedessen 60 Kollegen die Arbeit nieder. Diese Unregelmäßigkeit wurde auf Vermittelung der Lohnkommission zur Zufriedenheit der Betriebsleiter erledigt. Die Kollegen, welche immer die Überredung machten, weil der Pariser „Millimeter Schnitt“ ein ganz sonderbares Herr sei, der Neugiernden zu einer Wand runzulösen, oder einen Hohnpunkt hinzuwiegeln, und welche meinten, ihm diese Sonderart nicht abdringen zu können erhielten von der Versammlung eine Rüge. Am Westerholz wurde befürchtet, daß die Versammlung ebenfalls in Verbindung mit dem Gewerkschaftsbauhaus in Berlin zu treten zwecks Mietung geeigneter Räume. Mit einem dreifachen Hoch auf das Gedächtnis des Verbanes wurde die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen.

Aus Coburg wird uns geschildert: Wie so manche Gewerkschaft denkt und die Polizei lenkt, so ergeht es auch hier der Organisation der Maurer. Es besteht hier seit zwei Jahren eine Bahlstelle des Maurerverbands, und noch nie hat es uns an einem Dienstagsabend gescheilt. In der ersten Beilage wie sogar im Lokal des Orlsdorfschulzen selbst, später — bis am Mittwoch, den 24. Mai — im „Südler“, Inhaber G. Lindemann. Es geschieht nun etwas noch nie dagewesenes in Coburg. Am Dienstag, den 22. Mai, wurde der Zimmermeister Carl Geßler vertrieben, und auf seinen ausdrücklichen, vor 30 Mann ausgeprochenen Wunsch, daß, wenn die Maurer bei der Verarbeitung folgen wollten, auch an dem Sarge eine rohe Schleife prangere sollte, fehlte denn auch nicht die gewöhnliche Schleife. Die Verarbeitung war auch recht scharf verlaufen. Die von einigen angestellten Gesellnern begünstigte Revolution war in Coburg nicht ausgebrochen. Am anderen Tage hatte die Polizei nichts Entgegen zu thun, als den Krantz vom Grabe zu entfernen und denselben in das Verlehrtschulz des Maurer zu schaffen. Bezeichnet ist noch, daß der Frau des Verstorbenen anhingeboren wurde, ihre Einwilligung zur Entfernung des Krantzen zu geben, oder sie sollte die fällige M. 80 aus der Kasse des Maurervereins nicht liegen. Damit war die Angelegenheit aber nicht abgeschlossen. Die Verbrüder glaubt, uns aufzutreiben zu müssen. Der Wirth unterer bishergen Volates erklärte, uns sein Lokal nicht länger geben zu können, weil er sonst Polizeikunde bekommt; man hatte den Wirth nach alter Regel der Kunst bearbeitet. Es mag auch noch dazu bezüglich der Kunst geblieben sein. Die Kollegen aber haben sich gelobt, selber als zu kommen zu halten.

Am Sonntag, den 27. Mai, fand im Lokal des Herrn Heinemann in Schwerin eine Versammlung der Maurer statt, in welcher Kollege Jürgen aus Bölkau, hielt einen Vortrag über das Thema: „Arbeiterorganisationen und Unternehmerverbände“. Die Versammlung war nur mäßig besucht. Es handelte sich um die Maßregelung des Kollegen Ewald, des Kassiers des Bahlstelle Leichsenhausen. Ewald hatte gesündigt bekommen, weil er ein Aufwiegler und Heuer sein sollte, in Wahrheit aber, weil er sich erlaubt hatte, auf der Bahlstelle die Organisation zu agitieren, auf die befreiteten Mitläude hingewiesen und auf deren Abteilung gedrungen hatte. Die Gewannmänner erklärten sich, welche zu dem Unternehmer hingehen und die Maßregelung der Kündigung verlangen sollten. Am Donnerstag, Abend 8 Uhr, sollte dann Bericht erstattet und zugeleich über weitere Schritte zur Durchführung unserer Forderungen betrifft Erhöhung des Lohnes von 80 auf 84 ab beraten werden. Da die beiden Kollegen vom Unternehmer verschafft abgewiesen, berichtete Kollege Jungius aus noch vor der Versammlung die Bahlstelleziehung der Kündigung zu erlangen, wurde jedoch für den nächsten Tag zur Entgegennahme der endgültigen Erklärung zu kommen erachtet, da er, der Unternehmer, erst mit seinem Bruder sprechen müsse. Die Versammlung am Donnerstag war plötzlich gut besucht und berichtete Ewald im Berichtsstil über die Verhandlung. Die beiden Kollegen werden hierauf noch einmal bestimmt, am nächsten Tage, Freitag, den 1. Juni, bei Herrn Holzapfel wegen des Zurücknahmevertrages der Kollegen Ewald und bei sämmtlichen sechs Unternehmern wegen der Erhöhung des Lohnes vorzeitig zu werden und in einer am Mittwoch, den 6. Juni, Mornitzz 8 Uhr, stattfindenden Versammlung hierüber zu berichten. Die Kündigung der Kündigung des Ewald ist inzwischen erfolgt, wegen des Rohrbruches, der Gründlein noch nicht entrichtet, wegen der Rohrbrucherei wurde vom Unternehmer Holzapfel am drei Tage Belegschaft gegeben, damit er mit den anderen Herren über die gestellten Forderungen berathen könne.

In einer am 28. Mai stattgefundenen, gut besuchten Mitgliederversammlung der Bahlstelle Gräbendorf, o. M., wurde zunächst einstimmig beschlossen, die „Gründlein“ entzogen, weil es länger als drei Monate ihre Beiträge schuldeten. Als „Gründlein“ erhielten hierauf noch einmal bestimmt, am nächsten Tage, Freitag, den 1. Juni, bei Herrn Holzapfel wegen des Zurücknahmevertrages der Kollegen Ewald und bei sämmtlichen sechs Unternehmern wegen der Erhöhung des Lohnes vorzeitig zu werden und in einer am Mittwoch, den 6. Juni, Mornitzz 8 Uhr, stattfindenden Versammlung hierüber zu berichten. Die Kündigung der Kündigung des Ewald ist inzwischen erfolgt, wegen der Rohrbrucherei wurde vom Unternehmer Holzapfel am drei Tage Belegschaft gegeben, damit er mit den anderen Herren über die gestellten Forderungen berathen könne.

In einer am 28. Mai stattgefundenen, gut besuchten Mitgliederversammlung der Bahlstelle Charlottenburg sprach Kollege Kämpe-Görlitz hier einen interessanten Vortrag über die Organisation und über Bauarbeiterfußball. Leider war die Versammlung äußerst schwach besucht. Von den 250 in Charlottenburg arbeitenden Maurern verabschiedeten sich die Bahlstelle 200 die Versammlungen; bis dahin hatten es aber noch keine 50 Kollegen über sich vermocht, die sehr lehrreichen Ausführungen des Referenten anzuhören. Die Gründler Maurer werden schlafen, bis sie über ihre Laufzeit und

Gleichgültigkeit von den Unternehmern die richtige Quittung ausgestellt erhalten.

Die Bahnhofstelle Halle a. d. S. hielt am 17. Mai ihre regelmäßige Mitgliederversammlung im „Englischen Hof“ ab. Zu Ehren des verstorbenen Kollegen Wilhelm Alt erhoben sich die Mitglieder von ihren Plägen. Der Bevollmächtigte berichtete über Verhandlungen mit den Lokalisten, aber vielmehr mit der Lohnkommission, die bisher nur aus Lokalisten bestand. Die Lokalisten hatten anfänglich der Mitarbeiter-Aussperrungen ihren Karren arg beschädigt, und das sie die Mittel zur Unterstützung der Ausgesperrten wohl nicht recht fassen konnten, schickte die Lohnkommission die Ausgesperrten „lokal“ Mithilfe ein, wieder in die inzwischen geöffneten Arbeitsstellen, obwohl dieselben laut Verhandlungsergebnis geschlossen geblieben waren. Dieses eigenmächtige Vorgehen der Lohnkommission ist natürlich von unseren Verbandskollegen gerügt worden, und nun spielt die Lohnkommission die gefährliche Lebendwurst. In ihrer Versammlung, die von 32 Männern besucht gewesen sein soll, erklärten sie die Angelegenheit für geregt. Zum Lokalsons erheben die Lokalisten 25 % der Worte, 5 % weniger als unsere Verbandskollegen bezahlen; auch dieser Zustand wurde von den 32 Männern für gerechtfertigt erachtet und zu einem Ueberfall beschlossen sie, in Gemeinschaftsangelegenheiten nicht mehr mit den „Verbändlern“ zusammen zu arbeiten, es sei denn bei größerem Streit. Nun, ob die Verbandsmitglieder sich darauf einstufen werden, steht noch sehr dahin. — Die Halle besteht ein Arbeitsnachweis des „Bauarbeiterverbandes“, der sich schon des Oftersen als Mahregungsbüro für die in Halle ansässigen Kollegen erweitert hat. Dieser Institution sollte gelegentlich zu Leibe gegangen werden. Über die Nachverhandlungen haben es mit der Angst getrieben; sie fordern das Dauer als bestreiten. Die Lokalisten erwiderten zu haben. Die Verbandskollegen werden wohl dem nächsten Kampf allein führen müssen, sie werden sich auch eine Lohnkommission wählen und noch intensiver für die Ausbreitung des Verbands arbeiten; die Zahl der Mitglieder dürfte bald auf 700 gestiegen sein. — Es wurde weiter bekannt gemacht, daß sich 7 Männer gehabt haben, die den freitenden Maurern in den Nächten gekleidet sind. Würde könnte nur der Name Hess einen ermittelten werden, es ist Schröder aus Thron. Den Kollegen, die am 1. Mai gearbeitet haben, wurde noch nachdrücklich eine Blüge ertheilt. Die Mitglieder werden moralisch verpflichtet, den neuen noch ausgesperrten Kollegen Arbeit zu verschaffen. Weiter wurde gerügt, daß noch immer Kollegen im Amtsbau arbeiten, und zum Schluß wurden alle Mitglieder dringend aufgefordert, auf das „Halle“-che Volksblatt“ zu abonnieren und die arbeiterfreundlichen Zeitungen aus dem Hause zu kaufen. Ein Münzvergnügen soll am 1. Juli in „Velletri“ stattfinden.

Am 22. Mai fand im „Weisen Hof“ eine öffentliche Maurerversammlung statt. Es wurden Hülse, Baier und Cappeler als Thürktonkolleure gewählt. Hieran folgte die Weiterberatung der Stellungnahme den Mitgliedern des Parteibündes gegenüber, die als Geselle arbeiten. Koerber begründet in längeren Ausführungen einen hierzu gefestigten Antrag der örtlichen Verwaltung. Der Redner führte eine These aus: Die Urkunde des Antrages liegt in den Dokumenten der letzten Zeit, die die Organisation zu einer eifrigsten Stellungnahme zwangen. Geltend der „Parteibund“ im Runde mit der Bürgemeisterschaft „Baupolizei zu Hamburg“ zum Handlanger der Staatsanwaltschaft geworden sei, müßten wir unsere Taktik ändern. Die Beschwerden über den angeblichen, nicht nachweisbaren Terrorismus der Arbeiter verfuhr die „Baupolizei“ durch die niedrigste Demütigung zu erbringen. Wenn es so weiter gehe, ohne unsere Stellung zu ändern, würde Parteibund uns „Dienststelle“ unserer ganzen Thätigkeit zum Nachtheile der Organisation lahm legen. Unser höchste Pflicht sei es, den hingerufenen Gesellschausbau aufzunehmen. Besonders charakteristisch sei der „Halt Meister“, der war zeigt, daß wir durch die unanständigen jenen Elemente zu diesem Kampfe gedrängt seien. Prüft eines jeden Kollegen mifse es ja, hier seinen Mann zu stellen und auf dem Posten zu setzen. Als Organisation könne der Parteibund unsrerseits nicht anerkannt werden, da er nicht die berechtigten Interessen seiner Mitglieder vertritt, sondern einzig besteht ist, im Sinne des Unternehmers in der gemeinsten und schamlossten Weise die Interessen der Maurer-Hamburgs zu verunklären und zu hinterziehen. Auch sind in neuerer Zeit zwei Klubs gegründet, die unter denselben Flaggen segeln wie der Parteibund. Es sind dies der Club „Harmonie“ für „arbeitstwillige“ Maurer“ und der Club „Freie Männer“ für „arbeitstwillige“ Bauarbeiter. Beide Klubs haben erst vor länger Zeit das Licht der Welt erblickt und prinzipiell gehört deren Betreibern dahin, dort als Arbeitstwillige in Arbeit zu treten, wo organisierte Arbeiter bei etwaigen Differenzen die Arbeit einschließen. Mein diesen Hause nicht bald das insaustere Handwerk gelegt werde, sei es eine Schmach für die Maurer Hamburgs. Die Diskussion, an der sich eine Anzahl Redner beteiligt, ist eine lebhafte. Nach langerer Beratung wird folgender Antrag angenommen: Die am 24. Mai in der „Festungshalle“ tagende Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, Bahnhofstelle Hamburg, beschließt, daß an den Bauten, die nach dem 1. Juni begonnen werden, kein Mitglied des Verbands mit den Mitgliedern des Parteibündes — sobald dieselben als Geselle beschäftigt sind — zusammen arbeiten darf. — Die Abrechnung für Monat April ergab an Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse von M. 1680,31 und für die Lokalkasse an Einnahme M. 15,31 und Ausgabe M. 414,86. Beim letzten Punkt „Lohntarif und die Arbeit“ am Ende sind die Kollegen Meier verhöhnt, als Zepter für ihre Pflicht ernannt. Die Sache wird verlagt. Bei der Firm-Geb. Haupt auf der Wandrahmsinsel lagen Differenzen vor, bestreit der zu liefernden Qualität zum Abschluß des Rahmenvertrages. (Die Sache ist zu Gunsten der Kollegen entschieden; die Qualität liefer-

der Unternehmer.) Bei der Firma-Bredelbaum (Elektrizitätswerke) ist endlich ein Baudelegirter gewählt, hat aber am folgenden Sonnabend Feierabend bekommen. An dessen Stelle hat sofort ein anderer Kollege das Amt übernommen. Auch dieser Kollege hat am folgenden Sonnabend mit noch 15 Verbandskollegen die Arbeit verlassen müssen. Beim Unternehmer Kämper haben zwei Kollegen, die mit Überarbeiten an der Lombardstraße beschäftigt sind, nur 50 Stundenlohn erhalten, obgleich sie als Maurer eingestellt sind. Die Kollegen machen die Forderungen vor dem Gewerbeamt geltend. — Die Kollegen Hamburgs werden hierdurch auf den Vorwurf der Wackerer auftumt gemacht und dringend gebeten, die Wacker in ihrem Kampf um menschenwürdige Arbeitsverhältnisse dadurch zu unterstützen, daß sie vor dem zeitweilig im „Hamburger Hof“ namhaft gemachten kostspieligen Wackeren kein Boot entnehmen.

Am 22. Mai tagte in Hannover eine öffentliche Maurerversammlung, in welcher Kollege Müller-Eisen einen Vortrag über „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter“ hielt, welcher befällig aufgenommen wurde. Im zweiten Punkte erachtete Kollege Paul in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Agitationskommission Bericht über die Thätigkeit derselben. Er wünschte, daß die Kollegen Hannovers sich „mal überlegen würden, ob es nicht ratsam wäre, für die Agitation einen Kollegen fest anzustellen“. In der Agitationskommission wurde für den Kollegen Tiefe der Kollege Taube gewählt und zur Ernennung der Kollegen Barnstorff. Hierauf erstattete der stellvertretende Vorsitzende Gömöri-Brix einen Bericht über die Verhandlungen, welche mit den Meistern gepflogen sind. Es fand folgende Resolution Annahme: „Die heute im „Wallhof“ tagende öffentliche Maurerversammlung erklärt sich mit der Antwort der Meister nicht einverstanden, sondern erklärt in derselben eine Revolte unserer Forderung und beschließt, dieselbe zur geeigneten Zeit zur Durchführung zu bringen; sollte es aber in diesem Jahr nicht eintreten, so wird dieselbe für nächstes Jahr noch einmal eingerichtet.“ Im dritten Punkte wurden als Mitglieder des Innungsstrukturtafeln-Ausschusses vorgeschlagen die Kollegen Wasmann, Dietzler und Taube und im vierten Punkte, für den stellvertretende Kollegen Bode, Lehne und Hunziker; für das Innungschießgericht wurden vorgeschlagen die Kollegen Fleiß, Kalisch und Wahre.

Die Bahnhofstelle Harburg beschäftigte sich in ihrer Mitgliederversammlung am 22. Mai mit der Wohnfrage. Vom stolzen 1. b. d. f. wurde hierzu ausgeschaut, daß der Betriebsrat mit Hamburg-Altona-Wandsbek ein untern grüner werde. Die Harburger Kollegen seien oft gewusst, in Hamburg-Altona usw. zu arbeiten und umgekehrt die Hamburgische Kollegen wieder in Harburg. Was nun den vier-Städte-Bund an betrifft, so gehören unsere Unternehmer dazu, so viel es auch immer abgetrennt werde. Hat doch die Union zu Hamburg den Hamburger Kohlart für Wilhelmsburg anerkannt, b. h. die ökonomische Arbeitszeit und 65 % Stundentlohn, und ebenfalls wird auch in Harburg schon darnach gearbeitet. Möller wie nicht zurückstehen, so sei es an der Zeit, mit der Forderung an unsere Unternehmer heranzutreten. — Es empfahl sich eine lebhafte Debatte. Mehrere Kollegen sprachen sich für Verkürzung der Arbeitszeit aus. Es wurde u. a. ausgeführt, daß schon in den siebziger Jahren, d. h. von 1873 bis 1879, die ökonomische Arbeitszeit bestanden habe, dann wurde sie wieder genommen, im Jahre 1889 wieder gegeben und im Jahre 1891 die zehnständige Arbeitszeit eingeführt. Es wurde im Laufe der Debatte betont, daß wir nur dasjenige wieder erlangen wollen, was uns vor Jahren genommen, worden sei; um das Eintreten nicht zu verhindern, sei es notwendig, den Stundentlohn um 5 % zu erhöhen. Kollege Karbach vertrat die Ansicht, daß bei Erhöhung des Stundentlohnes der Zugang ein größerer werde und würdig die Verkürzung der Arbeitszeit. Was Hamburg-Altona, Wandsbek, Wilhelmsburg haben, könne auch Harburg gewollt werden. Es wurde alsdann auf Antrag Bredelov beschlossen, ökonomische Arbeitszeit und einen Stundentlohn von 65 % zu fordern. Werner wurde beschlossen, die Arbeitsstunden von folgt festzulegen; in der Zeit vom 15. März bis 15. Oktober bis 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, vom 16. Oktober bis 1. November von 7 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, vom 2. bis 15. November von 7 bis 4 Uhr, vom 16. November bis 15. Januar von 8 bis 4 Uhr, vom 16. Januar bis 15. Februar von 8 bis 5 Uhr, vom 16. Februar bis 1. März von 7 bis 5 Uhr, vom 2. bis 15. März von 7 bis 5 Uhr. Außerdem wurde erneut, die Lieferung von Würsten zum Weinen und Steinen (Schläger und Eisen) durch den Unternehmer im Lauf mit aufzuführen. — Ein Punkt „Bescheidenes“ wurde den Kollegen, welche am 1. Mai geachtet haben, aufgegeben, die Mainmarken sobald wie möglich zu entrichten; ferner wurde beschlossen, einen kranken Kollegen für die Dauer der Krankheit von den Beträgen zu befreien.

Die Bahnhofstelle Kattowitz hielt am 20. Mai eine außerordentlich wichtige Versammlung ab. Der Saal war vollständig besetzt. Die Versammlung beschäftigte sich in erster Linie den Misständen auf Bauten. Der Bevollmächtigte, Kollege Maß, hob hervor, daß die Zustände sich seit der letzten Versammlung nicht geändert hätten. Es liegt dies wohl in erster Linie daran, daß die Kollegen Angst haben, sich an die Unternehmer zu wenden und Abhälften zu fordern. Auf den Bauten fest in sehr vielen Fällen die Baubüro und die Aborte befinden sich in einem entsetzlichen Zustande. Der Redner kam darauf, auf den Unfall an der Baumgewerkschule zu sprechen, wobei ein Mann von der 8. Etage herabgestürzt ist. Die Unfallursachen waren dort ebenfalls nicht vorhanden gewesen. Er habe sich die Unfallsstelle angesehen. Das Gerüst habe eine Anzahl neuer Bretter aufzuführen gehabt, welche vor dem Unfall nicht vorhanden waren. So sehr es auch bei anderen Bauten — Die Krankenkassen brechen stets von den Simultanen bei den Maurern. In der Mehrzahl der Fälle sei dies aber ungerechtfertigt. Man solle nur an die zugehörige Winterarbeit denken. Hinunter komme alsdann die Erkrankung. Der Doctor könne in diese Kranken nicht hineinsehen. Die oberen Gehaltsträger hätten Angst vor dem Zugluft. Der Maurer müsse bei Wind und Wetter arbeiten. Besonders schlimm seien bei Regenwetter. Doch seit einiger Zeit wird die Arbeit in Kattowitz viel zu lang sei. Der geringe Verdienst sei Schulz daran, daß bislang von ledigen Leuten Überstunden gemacht werden. Die Verhältnisse seien froh, wenn sie rechtzeitig bei ihren Angehörigen sein können. Die Verhältnisse seien also schlimmer daran. Auch die unberechtigten Maurer sollten diese Überstunden nicht machen, es sei dies eine Blamage für die jungen Kerle. Die Maurer

müssten fest zusammen halten und nicht wie die Affen dosfischen. Sie dichten nicht in der Dummheit sieben, in welcher sie erzogen werden sind. Der Bevollmächtigte forderte die Kollegen dringend auf, die Überstunden ohne Weiteres zu vermeiden. Weiter muß darauf hingewirkt werden, daß die überreiche Zahl der Lehrlinge eingeschränkt werde. Auch ständen die gesuchten Löhne in gar keinem Verhältnis zu den notwendigen Ausgaben; allein für Wohnungsmiete müßten die Kattowitzer Maurer M. 144—150 pro Jahr ausgeben. Der Wohnung entsprechend wird in Kattowitz um die Hälfte Arbeit zu viel geleistet. Nachdem noch eine Reihe Kollegen die verschiedensten Mißstände aufgedeckt und für energische Bekämpfung eingetreten waren, nahm Kollege Grätzsch-Berlin das Wort zu längeren Ausführungen über die erstaunliche Lage der oberösterreichischen Maurer und über die Notwendigkeit der Organisation. Kollege Grätzsch apostrophierte die Kattowitzer Maurer wie folgt: Ihr habt viel von Verbesserung Eurer Lage gesprochen und eine letztere Organisation verlangt; es ist aber in Kattowitz in letzter Zeit so gut wie gar nichts in dieser Beziehung gethan worden. Ihr seid nach dieser Richtung so faul gewesen wie vorher. Werdet Ihr nicht nach der Mutter, die nur auf ihren Gelbdeckel spuckt? Ihr selbst müßt die Hand an das Werk legen, um die schrecklichen Nebenstände zu beseitigen. Nichts habt Ihr bisher hier gehabt. Schämen müßt man sich, daß bei 800 Männern in Kattowitz eine solche Schamlosigkeit herrsche. Was nützen unter solchen Umständen Leben und Worte, man spricht in den Wänden und es wird nur Zeit vergeudet. Wenn Ihr weiter so faulst, so werdet Ihr leben leben, wie der Blumt sieht! Der Verband zählt zur Zeit 85 000 Mitglieder. Glauben denn die Kattowitzer Männer, diese 85 000 Mitglieder werden hierher marschiert kommen, um Euren zu schaffen? Das Herz muss Einem bluten, wenn man die hiesigen Zustände sieht. Die Unternehmer denken garnicht daran, die schlechten Zustände zu verbessern. Es ist an der Zeit, aus dem Schlosse zu erwachen und die Schamlosigkeit abzutreten. Man muß es aufsuchen, aufzutreten zu sein, wenn die Unternehmer den Männern einen schönen Blick zuwenden. — Weitere drei Redner auf die kommenden Zeitungenstafeln (Kattowitzer Zeitung) und andere großflächige kapitalistische Pressezeugnisse zu sprechen und erwiderte die Kollegen, sich durch keinerlei Anwendung oder Verludung von dieser Seite freizulassen zu lassen. Weitere drei Redner daran zu sprechen, daß in Kattowitz viele Schindarbeiter im Dienstgewerbe gefestigt werden. Wenn man die Strafen entlässt und sich diese Arbeit ansehe, dann müßte es einem schlecht gehen. Man müßt sich wundern, daß unter den gegebenen Umständen in Kattowitz nicht noch mehr Ungleichheit vorzukommen. Schulz daran trage auch die mangelsame Ausbildung vieler Maurer. Auf dem Lande hätten die Jungen die Schweine und Gänse. In der Schule sind sie müde und schlafen. Nachdem der Maße die Schule verlassen, arbeitet er zwei Jahre in der Landwirtschaft, dann wird er Maurer. Ist eine Spezialschwärze oder einen Schnaps machen die Maurer alles für diese Art Maurer. Es könnte allerdings nicht verkannt werden, daß es unter den Maurern auch vernünftige Leute gäbe. Zum Schluß forderte Redner die Kollegen auf, die sogenannten christlichen und kapitalistischen Blätter aus dem Hause zu schaffen und an deren Stelle den „Grundstein“ und anderes Arbeitsergebnisse zu sehen. Die Schulz an den traurigen Zuständen liege auch viel daran, daß man mit dem Kopfe noch zu sehr in der Religion und in den Vorurtheilen stecke. Man müßt sichen, sich das Paradies auf Erden zu schaffen. Dieses sei sicherer und wohl besser als das vor den Pfosten verhexten Paradies.

In Köln a. Rh. fand am 24. Mai eine öffentliche Maurerversammlung statt. Kollege Schmidt referierte über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Maurer Deutschlands. Allesamt wurde bedauert, daß die Maurer Köln noch so weit zurück sind, daß sie noch nicht einmal die zehnständige Arbeitszeit erlangt haben. Die Versammlung war gut besucht. Leider ist dies nicht oft der Fall.

In Konstanz fand am 12. Mai eine vor circa 80 Männern stattende Maurerversammlung statt, wozu Kollege Körig aus Ottersleben als Referent erschienen war. Der Redner verkündete, in seinen 14-stündigen Ausführungen die Zustände für unsere Sache zu begleiten, wofür ihm reicher Beifall gezollt wurde. In der Diskussion führte der Bevollmächtigte, Kollege Grütkunst, den Anwesenden noch die am Orte befindenden Nebenstände in unserem Gewerbe vor Augen, und wies darauf hin, daß nur eine gute und starke Organisation im Stande ist, dieelben zu beseitigen. Wie erfuhr der Redner, daß man mit dem Kopfe noch zu sehr in der Religion und in den Vorurtheilen stecke. Man müßt sichen, sich das Paradies auf Erden zu schaffen. Dieses sei sicherer und wohl besser als das vor den Pfosten verhexten Paradies.

Es wird uns geschrieben: Wieder einmal der Staat — nein, gleich zwei Staaten in Gefahr. In Kransfeld sollte Kollege Hartwig in Dresden in einer öffentlichen Maurerversammlung über „Umfangsfahrt und Arbeitsergebnisse“ sprechen. Da nun dieser Ort teilweise zu Weimar, teilweise zu Meiningen gehört, war beachtigt worden, die Versammlung auf weimarerischen Gebiet abzuhalten. Sobald wurde dieselbe von vorherreiter verboten. Dann wurde sich der Einheitsrat am Vorstand des meiningischen Ortsvereins und wurde von diesem an den Herrn Landrat verweisen. Auch von diesem war eine Genehmigung nicht gegeben worden. Leider hatte der Einheitsrat garnicht erst nach den Gründen der Verbot gefragt, was allerdings erst nach den Gründen der Verbot gefragt. Aus der nun zum beobachteten Mitgliederversammlung wurde auch nichts, da nur ganze drei Maurer erschienen waren! Sonst wird immer gefragt: „Ja bei uns könnte es auch besser sein, wie haben bloß diese Redner, wenn nun wirklich einmal Mäße und Öffner gebracht werden und ein Referent vorhanden ist, so sind keine Zuhörer da. Also, kann's was, ein andermal für einen besseren Redner Sorge getragen!

Im Kreisfeld fand am 27. Mai in Verbandslokale von Schmitz die regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche sehr schlecht besucht war. Zunächst erörterten der Bevollmächtigte und Kollege Exhorst den Bauten und Nutzen des Baudienstsystems bei Regenwetter. Nach langeren Debatten beschloß die Versammlung, dasselbe einzuführen und beauftragte einige Kollegen, welche die Wahl der Delegirten in die Begegnungsschule zu verlegen. Unter „Verhältnissen“ wurde beschlossen, das diesjährige Stiftungsfest am 29. Juli in der „Festungshalle“ zu feiern; wenn sie rechtzeitig bei ihren Angehörigen sein können. Die Verhältnisse seien also schlimmer daran. Auch die unberechtigten Maurer sollten diese Überstunden nicht machen, es sei dies eine Blamage für die jungen Kerle. Die Maurer

Mit der Aufrüttelung des Bevollmächtigten, ohne Unterlass für den Verband zu agitieren, wurde die Verammlung fortgesetzt.

Die Bahnhofsstelle Linden hielt am 23. Mai ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege H. a c e einen kurzen Bericht über: "Statistische Erhebungen im Maurerhandwerk von 1898". Er führte aus, daß mit dem Wachsen der Organisation in den einzelnen Orten die Lohn- und Arbeitsbedingungen besser geworden seien, und ermahnte die Kollegen, eifrig für den Ausbau der Organisation Sorge zu tragen. Drei Kollegen ließen sich aufnehmen. Zu Beschluss wurden die Kollegen R o t k e und S c h u n e n a u genannt. Es mußte dann noch die Lofatfrage erörtert werden, da der Wirth infolge des schlechten Verammlungsbeginns seinen Saal nicht mehr zur Verfügung stellen konnte. Es wurde geschlossen, zur nächsten Verammlung Loußel mit dem "Grundstein" zu verstreuen, um die Kollegen zum weiteren Besuch der Verammlung zu bewegen. Kollege K e p p e r berichtete, daß beim Maurermeister D i e d e e f f Gesellen Feierabend bekommen hätten, weil sie es nicht für recht erachtet hätten, daß die Stellträger in der Mittagspause fast trugen. Sie sollten deshalb auf ihre Kosten eine halbe Stunde feiern, womit dieselben jedoch nicht einverstanden waren. Nachdem noch Kollege T w e l b a u s auf die Lohnbewegung in Hilsheim hingewiesen und die Kollegen erfuhr, hatte, nach besten Kräften den Zugang nach dort fern zu halten, erfolgte Schluß der sehr schlecht besuchten Verammlung.

Am Sonntag, den 27. Mai, tagte im Gathaus "Zur Westenhalle" in Mörfelden eine öffentliche Maurerverammlung. Am ersten Punkt der Tagesordnung: "Abrechnung vom ersten Quartal", kam es zu einer lebhaften Debatte über das Vorgehen des Kollegen H e r b o r n - F r a n k f u r t a. M. Besonders wurde Klage geführt, daß Kollege Herborn den Kollegen der hiesigen Bahnhofsstelle, als dieser seine Abgabestelle abschaffte, am 14.70 mehr abgenommen hat, als ihm zugestanden, mit der Bewertung: "Ihr habt doch noch Geld genug in Eurer Bahnhofsstelle". Es gelangte folgender Antrag einstimmig zur Annahme: "Die heutige, den 27. Mai, in der Westenhalle" verammlten Kollegen beauftragten die Verwaltung der Bahnhofsstelle Mörfelden, keine Gelber mehr an Herborn-Frankfurt a. M. abzuliefern, bis dieser mit der Bahnhofsstelle Mörfelden wieder abgerechnet hat." Sodann wurde die Wahl der örtlichen Verwaltung vorgenommen. Gewählt wurde: Wilhelm S c h m i t t als erster Bevollmächtigter und Georg K n o d l als erster Kassier. Dann wurde noch beschlossen, dem Kassier der hiesigen Bahnhofsstelle A. M. für seine Arbeit bei 75 Mitgliedern und für je 10 Mitglieder aufrwärts 50 S Zulage pro Quartal zu gewähren. Zum Abschluß erinnerte Kollege K u n z noch mit einigen Worten an die letzte Aussprache in Frankfurt a. M. und ermahnte die Kollegen zu einem festen Verstandnahmen in der Organisation.

Am 20. Mai tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung der Bahnhofsstelle Wünscheberg (Mark). Zunächst wurde vom Schriftführer der Jahresbericht erstattet und die Mitgliedszahl bekannt gegeben. Sodann wurde von dem Bevollmächtigten die Frage aufgeworfen, ob es nicht endlich an der Zeit sei, die schon seit einigen Monaten in Erwähnung gezeigte Lohnanpassung durchzuführen. Nach langer Debatte wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, beregetzt, daß in dieselbe ein Kollege einzutragen, der ebenso unternehmerisch wie mit den Unternehmen zu unterhandeln. Höchst wahrscheinlich wird es aber zu einer Einheitsstellung kommen und zwar bald, denn es ist wenig Plausibel vorhanden, daß die Kommission auf gütlichen Wege etwas erreichen wird.

Die Bahnhofsstelle Wünscheberg hielt am 20. Mai im Restaurant "Dall'Arno" ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kollege P u g h erläuterte zunächst den Zweck und Nutzen des Baulegierungssystems. Die Verammlung stimmte den Ausführungen des Referenten zu und sprach ihr Bedauern darüber aus, daß eine solche Einrichtung nicht schon länger eingeführt sei. Unterstützt hatten sich 27 Kollegen, darunter auch einige Stellträger, freiwillig gemeldet, um den Posten eines Baulegirten zu übernehmen. Der Vorsteher erfuhr hierauf die übrigen Kollegen, sich ebenfalls an den Organisationsarbeiten zu beteiligen, da an einige Mitglieder oft zu hohe Anforderungen gestellt wurden. Mit der Errichtung an die bereits vorhandenen Baulegirten, in allen Städten ihre Pflicht zu erfüllen, und einem Hoch auf den Verband schloß der Bevollmächtigte um 12 Uhr die Verammlung.

Die Bahnhofsstelle Neisse hielt am 22. Mai eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, welche sich wiederum mit der Aufrüttelung beschäftigte. Die Kollegen hatten sich zahlreich zu jener eingefunden. Nach einem Referat des Kollegen F r i c k i d - Berlin über die Errungenheiten des Verbandes teilte Kollege W e i c k e mit, daß die Lohnkommission am Sonntag, den 20. Mai, eine mündliche Unterredung mit den Unternehmen gehabt habe, es sei dabei aber nichts herausgekommen. Die Unternehmer hätten sich auch insofern vergeblich gemacht, als sie glaubten, es mit der Lohnkommission des christlichen Verbands zu thun zu haben. Mit der Arbeit werde noch sehr zurückgehalten, da die Unternehmer durchgeführt werden, daß es zum Streit kommt. Solle die Verordnung durchgeführt werden, dann werde es auch nicht ohne Streit abgehen. Obgleich die Unternehmer anstreben müssen, daß die Verordnung zehnflächige Arbeitszeit und 20 S Stundenlohn, eine gerechte ist, wollen sie doch erst einmal abwarten, ob die Kollegen den Mut haben, die Arbeit einzuführen. Dazu sei aber die Zeit noch nicht gekommen, es müsse vielmehr die Hochsaison abgewartet werden. Es sei deshalb gut, wenn die unberührten Kollegen von Pfingsten an den Ort verlassen würden. Nachdem eine Resolution, in diesem Sinne angenommen worden war, wurde die Verammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. Zwölf Kollegen erklärten sich sofort zur Abreise bereit.

Eine Mitgliederversammlung stand am Dienstag, 22. Mai, bei Wörner in Oldenburg statt. Dieselbe zeigte, daß mit dem Eintreten des Sommers auch wieder Leben in die Kollegen kommt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung ist zu berichten, daß sich, wohl auf Anregung der in der vorangegangenen Woche stattgehabten öffentlichen Versammlung, 20 Kollegen aufnehmen ließen. Dann wurden die Kollegen durch den Vorsteher aufgefordert, die mündliche Agitation nicht ruhen zu lassen, aber auch nicht mit Gewalt gegen die uns noch fern stehenden Kollegen vorzugehen, da uns diese Art der Agitation nur mehr sogenan als nützen kann, welches auch an einigen Beispielen nachgewiesen wurde. Dann wurde der neue Sohnshof besprochen und der Gesellenauslauf beauftragt, der Innung folgendes vorzulegen und dasselbe in Güte mit derselben zu regeln: 1. den Lohn auf ein Minimum von 40 S pro Stunde, jetzt 38 S , zu erhöhen; Zusagelehrzeit bis zu einer Jahre nach beendigter Lehrzeit 38 S pro Stunde zu zahlen. Für Liebhauerarbeit sind 6 S Zuschlag den wir allerdings nicht befolgen konnten, wurde uns von dem

pro Stunde und für Liebhauerarbeit bei derselben 10 S Zuschlag pro Stunde zu bewilligen. Überhunden bei anderer Arbeit sind überhaupt zu vermeiden. Ferner Baubuden und Aborte, wie überhaupt die Mißstände in unserem Gewerbe am Orte zu regeln. Wir sind in diesem Jahre wohl bereit, annehmen zu können, eine Einigung mit den Unternehmern zu erzielen, da die Bauteilung eine gute ist und noch besser wird, nun müssten wir die Kollegen bitten, 14 Tage den Zugang nach hier fern zu halten. Wenn wir mit der Innung im klaren sind, könne wohl noch 50–50 Fremde hier unterkommen. Dann wurde beschlossen, die Fahnenweihe der Bahnhofsstelle am 8. Juli abzuhalten und dazu die umliegenden Bahnhofsstellen und die Gewerbevereine am Orte einzuladen. Zur Anregung des Festes wurden die Kollegen kleinen Neubäder und Engel gewünscht. Hierauf erfolgte Schluß der sehr gut besuchten Verammlung.

Aus Oppeln wird uns geschrieben: Der wirtschaftliche Kampf im Baugewerbe soll in Zukunft "aktivistischer" Formen annehmen, so wünscht es der "Arbeitsverband für das Baugewerbe". Es darf hinfällig bekannt sein mit umfangreichen Beispielen belegt werden können, daß dieser Wunsch längst schon als Grundsatz für den Betriebsverband deutscher Maurer gilt. Es hängt von dem jeweiligen Standpunkt der Unternehmer und auch der Behörden ab, wie seltern der Maurer die Strafe geführt werden. Ein Beispiel, wie unsere Kollegen von den Unternehmern und Behörden behandelt werden, wollen wir aus Oppeln, einer oberfränkischen Stadt mit 25 000 Einwohnern und dem Sitz des Regierungspräsidenten, geben. In Oppeln sind gegenwärtig etwa 300 Maurer und 112 Lehrlinge beschäftigt. Die Lohns- und Arbeitsverhältnisse, sowie die sanitären Zustände auf den Arbeitsplätzen gehen aus folgender Bautenliste, welche am 21. Mai aufgenommen wurde, hervor: Auf 29 Baustellen arbeiten 252 Maurer und 112 Lehrlinge und auf Schwerarbeitsbauten sind circa weitere 50 Maurer beschäftigt. Von den auf Neubauten Beschäftigten arbeiten auf 6 Baustellen 66 Kollegen für einen Taglohn von 42,70, auf 5 Stellen 33 Kollegen für einen Stundenlohn von 24 S , auf 4 Baustellen 29 Baustellen für 25 S , 94 Kollegen auf 7 Baustellen für 26 S , und 21 Kollegen auf 2 Baustellen für 27–30 S . Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden. Auf 11 Baustellen ist eine Baubude, auf 18 Baustellen keine vorhanden. Auf 22 Baustellen wurde ein Abort vorbereitet, auf einem Bau war dieser im elenden Zustand. Auf 6 Baustellen steht es überhaupt keinen Abort. Zu bemerk ist noch, daß auf vielen Bauten junge Mädchen und junge Burschen gemeinsam das notwendige Baumaterial heran befördern. Die Unfallversicherungsvorrichtungen hängen nur auf dreien von den 29 kontrollierten Baustellen aus. Auf 2 Baustellen hat der Baubau die Unfallversicherungsvorrichtungen eingeschlossen und auf 24 Baustellen existieren überhaupt keine. Diese durch die Kontrolle aufgedeckten Mißstände existieren schon so lange, als die hiesigen Kollegen zurückdenken können. Bezüglich der Arbeitszeit ist zu bemerken, daß, weil der größte Theil der hier beschäftigten Maurer auf dem Lande, 1–2 Stunden von Oppeln entfernt, wohn, dieselbe im Sommer nicht 11, sondern 18–15 Stunden beträgt. Eine Wohnung in Oppeln ist ungünstig für einen Familientyp mit 4–6 Kindern, sowie es hier unter den Arbeitern ganz und gäbe es, kostet M. 130. Die Lebensmittel, soweit wir überhaupt welche kaufen können, sind hier ebenso teuer, als in dem übrigen Reich. Wir kaufen uns vom Knecht oder Bäcker, im Winter eben wie Brotkaffee mit Hammelfett, dann und wann kommt auch ein Hering auf den Tisch, und soweit wir Brot haben, wird es trocken gegeben. Um nun diese sehr menschliche Gefühl höhnisch preisen zu können. Denn von deutschen und nur unsere Verhältnisse sehr aufwendig gehaltene Beispiele genügt der Vortrag folgt lauter Wetzall. 80 Kollegen ließen sich sofort in den Verband aufnehmen, darunter auch einige Partiere. Von der Gründung einer Bahnhofsstelle nahmen wir aus berechtigten Gründen Abstand. Wir haben die Kollegen Wanek, Studzina und Fuchs-Ostroff als Vertrauensleute gewählt. Diejenigen nehmen bis auf Weiteres Mitglieder auf und Beiträge entgegen. Haben wir jetzt noch einige 100 zu der jetzigen Mitgliedszahl (es sind 60), dann gründen wir hier eine Bahnhofsstelle. Und wie versichern den übrigen deutschen Kollegen, daß wir in Zukunft auch noch weitere Erfolge in Oberösterreich erzielen werden.

In Reinhardswald fand am 20. Mai die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Es wurde zunächst der Aufrüttelung der Bahnhofsstelle Berlin I (Pusag) zur Diskussion gestellt, die Bürger aus den umliegenden Bahnhofstellen von Berlin nach dahin zu überweisen, wohin sie gehören. Ferner wurde der Kollege L i n k e in unsere Mitgliederliste aufgenommen, da derzeit einen größeren Theil seiner Schulden bezahlt und sich schriftlich verpflichtet hat, den Rest mit M. 4 pro Woche abzuzahlen. Ferner bemerkte der Bevollmächtigte, daß der Unternehmensverbund den Arbeitsnachschlag so einführen will, wie ihn der Bund zu Grunde gelegt hat. Ein Stiftungsbeitrag dieses Jahr zu feiern, wurde abgelehnt. Im Punkt "Beschleidenes" gab Kollege L u d i k e aus der Bahnhofsstelle W e d d i n bekannt, daß auf dem Bau des Unternehmens Müller, Eichborndamm, nur ein Stundenlohn von 60 S geahndzt werde. Da aber Reinhardswald und Tegel zum Berliner Straßengebiet gehören, wäre es doch auch richtig, daß dersehle Lohn gezahlt wird, wie in Berlin, die Stundenlohn von 62 S . Ist der Kollegen abgeschlagen worden. Nur haben sich die Kollegen an die Kommission gewandt, damit eine Unterhandlung mit der Arbeitnehmerkommission und Müller angebahnt werde. Die Kommission hat nun ein Schreiben an ihn gerichtet, und nachdem er dies erhalten, kam er nach dem Bau gerannt und möchte geltend, er wäre im Tegeler Bund und würde nicht mehr Lohn zahlen. Darauf haben die Kollegen die Kommission gebeten, in Kenntnis gesetzt und den Betrieb erhalten, die Arbeit wiederzuführen. Am anderen Tage ist ihnen aber gesagt worden, sie hätten nicht nach dem Vertrage gehandelt und könnten deshalb auch nicht als gemäßigt betrachtet werden. Die Verammlung erklärte ebenfalls, daß keine Maßregelung vorliege.

Die Verwaltung und die Lohnkommission der Bahnhofsstelle Schackendorf hatten am Sonntag, den 27. Mai, eine Vereinigung. Der erste Bevollmächtigte legte sein Amt in die Hand seines seitzerigen Stellvertreters, für diesen wurde als Stellvertreter Kollege A. B r a u n e vorgeschlagen. Kollege L e b d i g a u m u s nach Bünzlos zur Leitung zum Militär und so war nothgedrungen diese Veränderung notwendig. Es ist aber nicht dieses allein, sondern die Mißstände und die gegen die Organisation gerichteten Angriffe haben Kollegen Lebdigau dazu bewegt, sein Amt einem Anderen zu überlassen. Möglichen die Kollegen sich prüfen, ob sie recht daran thun, wenn sie untere sehr rüdige und thatfeste Verwaltung, die so schon so viel Schaden um das Wohl und Wehe unserer Interessen gehabt hat, noch mehr durch ihre Untergestalt und Missgelenk in gerechte Entrückung bringen. Die Kollegen auf dem Ausbau der Moltkestraße, Ihr sollett doch auch wissen, daß Ihr darin sehr freudlich gegen Euch und Eure Kollegen Wohl ergehen habt, wenn Ihr alle Tage Euer Heberthunder macht und Euch noch nicht einmal des Sonntags Eure Knöder ausrahlt. Es scheint, als wenn es Euch schon viel zu gut gehe und Ihr die Zeit herbeisehet, wo der Arbeitgeber Euch die Hader auf den Rücken setzen möge. Wenn es nun alle Kollegen so machen wollten wie Ihr und womöglich noch schlimmer, so wäre die frühere Freundschaft wieder da und wir würden schließlich noch mit der Heppelberg beschäftigt werden. Kollegen, wir freuen uns auf: Haltest treu zu Euresgleichen und laßt die Speideldeere und Glattmacherei A u d e b e r g e r bejören, denn damit ist unserer Sache nicht gedient, wir müssen ethisch und rechtschaffen denken und schaffen! Das soll unsere Lösung sein, dann brauchen wir auch Niemanden zu stricken, sei es, wer es wolle!

In Stettin fand am 22. Mai die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: "Regelung der

Angelegenheit auf dem Bau von W. Schulz". Der Sachverhalt ist folgender: Der genannte Unternehmer hat sich schon immer in der Behandlung seiner Arbeiter herborghalten, so auch Lohnzahlen. Es war bereits 7 Uhr, als derselbe mit Lohnauszahlungen begann. Da aber, in den Vereinbarungen steht, daß gleich nach Schluss der Arbeit mit dem Auszäpfen zu beginnen ist, wurden einige Kollegen bei ihm vorstellig und forderten eine Überarbeitung beziehungsweise eine Abrechnung. Dies führten dem Herrn Unternehmer, denn doch zu viel verlangt, denn er bemerkte, sie sollten doch aufreihen seien, daß es überhaupt noch Geld gäbe. Die Kollegen sahen sich dieferhalb geneigtheit, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Auch die Bauarbeiter befanden sich in dem gleichen Zustande. Der Unternehmer, obgleich hieran oftmals erinnert, hatte keine Ohren hierfür. Ein Antrag des Kollegen Aluwie, das Baugeschäft zu sperren, fand keine Zustimmung, da die Bauarbeiter im Laufe des Tages in Ordnung gebracht worden waren und dies eigentlich das Hauptzielobjekt bildete. Im Weiteren wurde den Kollegern empfohlen, das Baugeschäft so wie möglich zu meiden. Es störte sich der Herr Unternehmer, die Leitung der Agrarier, die sogenannten Kultus, kommen lassen, vielleicht seien diese nicht auf anspruchsvoll, und sollte es ihnen recht sein. Einstimmige Annahme fand ein Antrag des Kollegen Petersdorf, wonach der Lohnkommission Vollmacht erheielt wurde, bei ähnlichen Anlässen sofort die Sperr über das Baugeschäft des Wilhelm Schulz zu verhängen.

Die am 20. Mai stattgehabte Mitgliederversammlung der Bahnstelle Stolp war nicht zur Zufriedenheit besucht, was der Vorstand stark kritisierte. Von den hier arbeitenden italienischen Maurern ließen sich 9 ausheben, außerdem ein Schläger, so dass die Bahnstelle jetzt aus 62 Mitgliedern besteht. Einer der italienischen Mitglieder wünscht dringend, dass auch die Berichte in ihrer Zeitung zum Abdruck gelangen, und zwar wegen der 70 Italiener, die der Organisation noch nicht angehören. Einem Anderen wurde der Wunsch ausgesprochen, auch die Statuten in italienischer Sprache schicken zu lassen, da dadurch eine Information leichter wird. Ferner wurde beschlossen, zum 5. Juni eine Generalversammlung einzuberufen, zwecks Wahl ausschreibender Verwaltungsmitglieder. Hierauf folgte eine Diskussion wegen der Streikunterstützung der letzten Woche. Dieselbe konnte nicht ausgeschöpft werden, da hinreichende Mittel nicht mehr vorhanden waren. Dadurch füllten sich mehrere Mitglieder zurückgesetzt oder benachteiligt. Hierauf folgte Schluss der Versammlung.

Anmerkung der Rebaktion. Die Schule trifft lediglich die Streitleitung, weil sie es unterlassen hat, den Streitbericht für die letzte Woche einzufinden. Ohne eine Übersicht über die zu machenden Ausgaben in Händen zu haben, wird aber vom Vorstand kein Geld weggeschüttet.

In Striegau fand am 20. Mai eine öffentliche Mauer- verfassung statt, in welcher Kollege Kupke aus Görlitz einen mit Besatz aufgenommenen Vortrag hielt. Sodann wurde beschlossen, den Streitfonds obligatorisch einzuführen und jedes Mitglied, den Verpflichtungen, einen Mindestbeitrag zu zahlen. Des Weiteren wurde die Lohnkommission beauftragt, noch einmal mit dem Unternehmer Olfatowski zu unterhandeln, um eine Anerkennung des von den Gesellen aufgestellten Lohnarbeitsvertrages. Weigert sich dieser Dessen, dann ist die Lohnkommission ermächtigt, über das Geschäft die Sperrre zu verhängen.

In Bilb^el fand am Sonntag, den 27. Mai, eine vom etwa 80 Kollegen befreudete Mitgliederversammlung statt. Der Kaiser erfasste zunächst den Kassenbericht, von dem ersten Maarch ferne war er bekannt, daß noch drei Kollegen vom vorherigen Jahre her der Botschafts- gehörige Gelder zu entrichten haben, die derselben, der früher mit dem Erheben der Beiträge betraute Kollege Jean Tacle^r, der im Herbst voriges Jahres unter Minnabe einer geöffneten Summe auf die Wiederholung ging, nachher ja auch einen Theil der Schulden zurückzahle, findet es jetzt sogar nicht mehr nöthig, der Verwaltung seine Adresse mitzutheilen. Es wurde beschlossen, den betreffenden Kollegen noch eine Frist von 14 Tagen zu geben, die Angelegenheit zu erledigen, anderentfalls weitere Schritte gehen werden sollen. Zum zweiten Punkt der Tagessordnung, "Stellungnahme zu den von den Frankfurter Unternehmern vorgelegten Arbeitsordnungen," sprach zunächst Kollege Fischer, der in kurzen Sätzen die unablässlichen Hemmungen der Frankfurter Herren Baumwollmeister, die Mauter zur Unterschrift einer einstufig von ihnen verfaßten Arbeitsordnung sowie eines sog. "Entlastungsscheins" zu bewegen, kennzeichnete. Doch in der öffentlichen Mauterversammlung vom 16. Mai in Frankfurt angenommenen Resolution, welche die bestagte, daß von jetzt ab wieder alle im Winter "ausgetretene" Mauter der Organisation angehören und feiner derselben die ihm vor gelebte Arbeitsordnung unterschreibt, wurde zugestimmt. Die Kollegen, welche in Bilb^el, Sachsch^a und Eichsfeldheim arbeiteten und immer noch die elbständige Arbeitszeit beibehalten, wurden vom Bevölkerungsrechtlichen Kollegen Schneid^r, aufgefordert, doch endlich einmal energisch Schrifte an ihre zur Erringung der zehnständigen Arbeitszeit. Von den Beiträgen zum Stiftsfonds, welche im Allgemeinen sehr gut geleistet werden, wolle sich immer noch einige Kollegen drücken; es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es unumgänglich nöthig ist, daß auch nicht ein einziger Kollege sich hierin läßig finden läßt. Schlüsse wurde noch befürwortet gegeben, daß der im Herbst d. J. ausgeschlossene Kollege Bilb^el wieder aufgenommen würde. Wichtig eines jeden Kollegen ist es, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß alle im vorherigen Jahre dem Verbaudirekt geworbenen Kollegen denselben wieder zugeschaut wird; es hat dies bei den meisten derselben keine so großen Schwierigkeiten, wenn richtig und besonnen horengearbeitet wird.

leiten, wenn richtig und besonnen vorgegangen wird.

Der Dekreto F o h n a b a t z h aus Weisenau bei Mainz schreibt uns: Von der Agitationskommission Mainz beauftragt war ich am 27. Mai in Hebbesheim bei Kreuznach auf Agitation. Von einigen Kollegen aus Kreuznach begleitet, langten wir u. 8 Uhr 20 Min. in Hebbesheim an. Die Hebbesheimer waren schon alle befassm, da machte uns der Wirth die Mitteilung, daß der Gendarm die Versammlung verbolen hätte, weil dieselbe um 8 Uhr eröffnet werden mühte. Auf Unzufriedenheit dieses Verbots aufmerksam gemacht, war der Wirth nachher ruhig und ging nach den unteren Räumen. Wir wiederk. unsere Sache ab und waren eben dabei, die Versammlung zu schließen, als ein Sohn des Wirthes hereingekommen kam und etwa Folgendes sagte: „Hier haben Sozialdemokraten nichts reden, wir sind Königstreue und daß Ihr hier nicht durchkommen dafür haben wir unsere Hände.“ Da in der ganzen Versammlung kein Wort von Politik oder dergleichen gesprochen worden war, so fragte ich den Burschen, wer eigentlich hier Sozial-

demokrat sei und wen er meinte. Da er mir nicht Antwort geben konnte, so riefen die mittlerweile eingetroffenen Bauern ihn zur Erinnerung zu: „Werdest doch den Kerl zum Fenster hinaus.“ Da es jedenfalls darauf abgesehen war, eine Seelerei zu infizieren, so schwärmte ich die anwesenden Kollegen, und es gelang uns auch, unter furchtbaren Drohungen und Verwünschungen der Bauern den Blützing anzutreten. Da es jetzt 5 Uhr war, so wollte ich die dortigen Kollegen noch nicht verlassen, und so begaben wir uns in eine andere Wirtschaft, und noch ein Glas Bier zu trinken. Nach Verlauf von 5 Minuten war die ganze wilde Horde wieder da. Das dieses Gedanken bei meinen Kollegen das Blut in Wallung brachte, ist leicht verständlich, und musste ich Alles ausspielen, um das Schlimmste zu verhindern, denn es hätte einen Kampf auf Leben und Tod gegeben. Es hatten sich im Hu etwa 30 dieser Bauernsimmel eingefunden und wir waren auch eben stark. Wir verließen in größter Ruhe auch dieses Lokal, wobei es „lebte“ dem Lebten von uns doch nicht gelang, unbefestigt davon zu kommen, denn beim Passieren der Thür ersetzte er einige Rüsse und Größe. Wir gingen nun in die Privatzwohnung eines Kollegen, ganz am anderen Ende des Ortes, aber wie erstaunte ich, als auch gleich nach uns die Horde eintrat und vor den Fenstern Posto saßte. Da ich die Kollegen überredete, sich ruhig zu verhalten, so fanden die Bauern keinen Stoff zum Zumachen und beschleierten nach einiger Zeit wieder den Platz, und hier wieder Drohungen austostend. Da es Zeit wurde zum Zug, so verließ ich den Ort und konnte nicht erfahren, ob es leider doch noch zu Neibergeren gekommen ist. Ich ermahnte die Kollegen zur Ruhe, dabei belohnend, daß wir vor Gericht jedenfalls doch weniger leicht bestimmt, als eine wilde Bauernhorde. Wäre der überwachende Beamte nicht fortgegangen, so hätte es jedersfalls zu solchen Szenarii nicht kommen können. Da aber auch der Abmarsch und der Polizeibeamter nicht zu sehen waren, so kam es mir gerade vor, als wenn das Ganze bestellte Arbeit war. Geschadet haben uns diese Simmel nicht, denn die Bahnhofssiedlung ist durch dieses Vorkommen gut zusammen geschwitten worden.

Aus Weishenfels schreibt man uns: Eine Erklärung, die ich nicht als nachahmenswerth empfehlen möchte, hat das hiesige Gewerkschaftskartell getroffen. Bekanntlich haben alle Gewerkschaften statutarisch festgelegt, wie viel ein Mitglied Beiträge zu zahlen hat, resp. wie lange die Mitgliedschaft währenden muss, bevor Wandervertrüfung geübt wird. Das Statut des Zentralverbandes der Maurer bestimmt, das mindestens ein Streitkostenbeitrag von 5.-5 gezahlt werden sein muss, und weiter einjährige Mitgliedschaft nöthig ist, um Bezug dieser Unterstüzung. Hier führt nun das Kartell eine andere Praxis. Diejenigen wandernden Mitglieder einer Organisation, welche noch nicht so lange Mitglied sind, um Beizugsunterstüzung beziehen zu können, werden vom Kartell unterstützt. Dieses halte ich für falsch. Es wird dadurch das Prinzip durchbrochen, die Schleifer an das Zahlen von Beiträgen gewöhnen. Würden sämmtliche Karteile sich diesen Modus annehmen (was ich ja nicht befürchte), so würden unsere Statuten hintergegangen. Es würde dann ein größerer Theil von Arbeitern etwa zwei Monate vor Austritt der Kellner in eine Organisation eintreten, um leichter dann durch diese Einrichtungen auszunützen. Wer bringt denn die Kartellsbeiträge auf? Es ist dem Kartell vereinigte Gewerkschaften. Und von diesen Beiträgen zieht man an diejenigen Gewerkschaftsmitglieder Unterstüzung, welche laut Statut eine solche garnicht zu beanspruchen haben.

Am 21. Mai hielt die Galbsterhöfe Woltmershausen ihre regelmäßige Mitgliedserversammlung ab. Es wurde zunächst beschlossen, den Maurer Franz von Willen, welcher schon wiederholten Maleen darum nachgefragt hatte, wieder als Wirt aufzunehmen. Darauf wurde beschlossen, in dem zweiten und dritten Stock des hier entfernt liegenden Orte Seehausen wofolst mehrere Verbandskollegen wohnen, einen Hälfthaushalt einzurichten, und wurde hierzu der Kollege Herm. Baugess gewählt. Weiter wurde von mehreren Kollegen das Baudelegirsystem in Erwähnung gebracht und hervorgehoben, dass es unbedingt nothwendig sei, jeden Bau bei der nächst Stitung durch einen Delegierten vertreten zu sehen. Des Weiteren wurden die Kollegen aufgefordert, das am 8. Juli hier selbst stattfindenden Sängerbundesfest, verbunden mit Umzug, halbstündig zu unterstützen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten geregelt und der Punkt "Stiftungsfest" bis zur nächsten Versammlung verlost worden war, erfolgte Schluss der Versammlung.

Eine öffentliche Märtverfassung tagte am 27. Mai im Saale des Berufungsgerichts von Friedrich-August-Bäckeriet. Kollege Lehmann-Röder referierte über: "Was organisieren wir uns?" Nieder führte in seinem Vortrag u. a. aus, daß die Organisationslosigkeit den Arbeiter nur an ein niedrige Anschauung festhalte, die Gewerkschaftswegung aber lärt seine Meinung durch die fortgeleiteten Erörterungen wissenschaftlicher Fragen. Er betonte, daß der Einzelne vollständig nachvollziehen würde, daß "geöffnete Ganze" aber bilden eine Masse mit welcher die Unternehmer wohl oder über Ubel reden müßten. Unser Hauptanliegen müsse insgesetz auf die Organisation gerichtet sein. Es genüge nicht allein, bloß auf dem Papier organisiert zu sein, sondern man müsse auch kräftig wirken. Nachdem noch einige gewerkschaftliche Fragen erörtert waren, wurde auch u. A. der Wunsch ausgesprochen, eine Bahlstelle im Centralstaatshaufe zu gründen. Mit einem Hoh auf d' Wölfe und Gedanken unserer Bahlstelle schloß der Vorsteher die Verfassung.

Stuffat ure.

Lübeck. Am 26. April d. J. hat sich hier eine aus 15 Mitgliedern bestehende Filiale des Stoffkäuferverbandes gebildet. Am 15. Mai fand die erste Mitgliederversammlung statt in welcher der Filialvorstand gewählt wurde. Die Vorstandsämter wurden wie folgt vertheilt: M. Heine, Vorsteher, H. Dreyer, Kassier, F. Stadtmüller, Schriftführer, Lentz und Schell, Revisor. Vor Schluss der Versammlung ließ sich noch ein Kollege aufnehmen.

Literarisches

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck's Verlag) ist soeben das 35. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte heben wir her vor: Von Tessendorff bis Thielchen. — Kloßien und Parteien in Italien. Von Dr. Ivanoe Bonomi. III. Handelsvertrags- und imperialistische Expansionsspolitik. Von Heinrich Canow. II. Zeitbeamten. Von Dr. Bach. — Mithau Guinescu. Von Georg Adam. — Literarisch. Rundschau: Dr. Georg E. Titzsch. Die Entstehung und die ökonomischen Grundsätze der Charakterbewegung. — Feuerstein: Dem neuen Jahrtausend entgegen. Eine naturwissenschaftliche Umfrage von Dr. Friedrich Gause (Schluß).

"In freien Stunden", illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk, in Wocheheften à 10 As. Lieferungen 21 und 22 sind soeben erschienen und bringen die Fortsetzung des ergreifenden Romans "Der Welen-Zwinger" von Paul Warin - Gouth, der das Schicksal des armen, geistig höher stehenden Weiles in der Ehe mit einem rohen Mann ihrer Kampf und schickseligen Untergang schildert. Illustriert ist dieser Roman mit prächtigen Federzeichnungen von F. Stassen, die sich den besten, welche bisher in den "Freien Stunden" erschienen sind, würdig annehmen. Ferner die feulteutschischen Szenen "Meine kleine Freindin" und "Uebereilung".

Wir bitten unsere Lefer, dieser wertvollsten Nomam
bibliothek für ihre Freuden und Kinder in ihrer Familie ein
Ställe zu erwerben an Stelle der oft so werthlosen bürgerlichen
Unterhaltungsliteratur, die durchgängig heuerne und schlechte
ist als „*Die Freien Stunden*“.

Neue Abonnenten können jederzeit eintreten.
Jeder Abonneur, jeder Buchhändler (siehe die Post zum
Vierteljährspreise von M. 1,20, Postzeitungskatalog Nr. 3777),
nimmt Bestellungen auf diese 10.-Heft an. Man verfüge
wenigstens mit einem Probe-Abonnement auf „In freie
Stunden“.

Den Parteigenossen, die in Fabriken und Werkstätten Abonnenten sammeln wollen, sendet die Verlagsbuchhandlung auf Verlangen Sammelmaterial gratis und franko.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsblatt der Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Beobachtung (Herausgeber Dr. J. Jaffrow), Berlin, Verlag von Georg Meiner, als die Organ des „Verbandes deutscher Arbeitsmarktnachweise“ erscheinende Beiförschrift enthält Nr. 17 des 3. Jahrganges unter Anderem: Die Veröffentlichung über Lebensmittelpreise, - Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Bergbau und Hüttenthrift (Ausländische Arbeitskräfte im Ruhrlohnreihenr. Holzproduktion der Welt, Holzindustrie - Musikinstrumente (Von- und Arbeitsbergschäfte) sowie der Musikinstrumentenbaue in Leipzig und Umgegend, Verleih (Ausland der Berliner Straßenhangstangensetzen). - Statistisches Monatsmaterial: Wörterbücher, Internationale Streitkriegsstatistik. April. - Haushaltungsbücher, Konsum, Leben, mittelstand im Mai. - Verwaltung der Arbeitsmarktnachweise. Jahresberichte allgemeiner Vereinsarbeitsmarktnachweise.

Brüderhoff

Berlin, S. Ihr Brief traf um einen ganzen Tag zu spät hier ein. Schluß der Anzeigennahme ist jedes Mal am Dienstag Morgen um 8 Uhr, zwischen 9 und 10 Uhr haben Sie aber den Brief erst am Post gehen.

Lengen, St. Bei der großen Menge Berichte, die um allwöchentlich zugehen, ist es unmöglich, auch noch Berichte über Feststilleben aufzunehmen. Erwünscht wäre es uns aber, Sie einmal einen Bericht über die allgemeine Lage am Ort und in der Umgebung brächten, den würden wir gerne zu-

Hohenloß. Der „Grundstein“ war schon gebraucht als die „Erfreut hier einztrat; nur eine Depeche wäre vielleicht noch rechtzeitig eingetroffen.“
Rehna. Es ist ja recht bedauerlich, daß ein Kollege bei einer Kämpferpartie beim Blaudenksegen vor der Tiefkranzbank gefallen worden ist, aber in einer Versammlungssitzigkeit heißt das doch wohl nicht hinrufen. Hoffentlich ist der Kollege wieder

Schleswig. A. S. Der von Ihnen beobachtete Schad kann so vielerlei Ursachen haben, daß es schwer hält, Ihnen hier aus einem sichererem Grunde zu ertheilen. Unter den Mauermörtel sollwohl als auch unter den Putzmörtel häufig recht v. Krummwerke gefunden zu sein. Sollte dies zutreffend sein, wie Sie, wenn nicht aus eigenem Wissen, eventuell durch chemische Untersuchung feststellen lassen können, dann haderen Sie am zweitmeistjüngsten den ganzen Putz ab und hauen auch die Fugen etwas tiefer ein. Dann kehren Sie die Mauer mit einem schwärmigen Besen gut ab und nehmen den erneuten Abzug nur sorgfältig in reinen körnigeren Sand. Machen Sie die Arbeit aber bei einem standigen Wechsel, damit Luft und Sonne einige Tage auf ungeputzte Mauer einwirken kann. — Sollte sich schon Mauerfröntum entwiedert haben, dann müssen Sie unter Umständen Theile der Mauer herausbrechen und dürfen die alten Steine nicht wieder verwenden. Spalten Sie auch nach, ob vielleicht im Innern der Wohnung Holz- oder Mauerwerkschwämme auftreten. Vielleicht es noch Zeit, den Lebel mit wenigen Unfosten Einhalt zu thun. — Bei der Mauervorbereitung bleibt auch das Mafer eine Rolle. Nicht sollte nur in weidem Mafer (am besten ist Regenwaffel) gelöscht und der Mörtel gleichfalls mit weidem Mafer gemacht werden. Salpeterhaltiges Brunnenwasser bewirkt Mauerkrat. — Irrgäud ein Anstrich nützt in Ihrem Falle g. nichts.

Zentral-Straßenfeste

der Maurer, Gipser (Weichbinder) und Stuckateure Deutschlands "Grundstein zur Einigkeit" (e. V. Dr. T.

In der Woche vom 27. Mai bis 2. Juni soll folgendes Beträgen eingegangen: Vor der östlichen Verhauung in Minden 600, Röstock 300, Stiel 250, Roßlau 250, Bismarckburg 200, Hamburg-Eppendorf 150, Marborn 100, Schwerin (Elbe) 100, Panton 100, Wiesbaden 50, Forst t. d. Lausitz 50, Danzig 1. Weißt. 80-90, Summa M. 2180,20.

Büschüsse erhielten: Hainstadt M. 150, Faulbach 1,
Badrina 60, Lahr i. Wüden' 50, Alvensleben 60, Kreßelb
Summa M. 510.

Rechnungs-Abschluß für das erste Quartal 1900.

(Januar, Februar, März.)

Einnahme.

Vaarer Bestand am Anfang des Jahres 1900... M.	24850,18
Eintrittsgebar... 950,-	
Beiträge in der 1. Klasse... M. 53732,80	
" " 2. " " 57224,50	
" " 3. " " 6732,-	
" " 4. " " 910,80	
Extrasteuer... 72,30	
	117662,40
Erschließungen von Berufsgenossenschaften und Unternehmern... 422,51	
Zurückgezogene Sparkassenanlagen... 46009,74	
Sonstige Einnahmen: Für Nutzungsabschöpfung, Strafgebar z... 894,05	
	Summa der Einnahmen... M. 190788,88

Ausgabe.

Für ärztliche Behandlung... M. 19287,98	
Für Arzt und sonstige Hilfsmittel... 12494,65	
An Krankengelber in der 1. Klasse... M. 49161,25	
" " 2. " " 52757,30	
" " 3. " " 8952,20	
" " 4. " " 846,50	
	111717,95
an Angehörige... 1989,49	
An Sterbegelber in der 1. Klasse... M. 2687,50	
" " 2. " " 8200,-	
" " 3. " " 787,50	
" " 4. " " 47,50	
	6729,50
Am Krankenanstalten und Verpflegungslästen an Berufsgesetzte Beiträge und Eintrittsgebar... 4522,28	
Verwaltungsausgaben: a) persönliche M. 8181,46	
b) fachliche... 2911,69	
	11093,15
Gesamt-Ausgaben: Ausgabe Nordhessischen Baugemeinschaft Berufsgenossenschaft zurückgezahlt... 65,10	
	Summa der Ausgaben... M. 167933,20

M b s h l u s s
Summa der Einnahmen... M. 190788,88
Summa der Ausgaben... 167933,20
Vaarer Bestand am Schluß des 1. Quartals M. 22855,63

Bermögensausweis.

Vaarer Bestand am Schluß des 1. Quartals... M. 22855,63
Sparkassenanlagen... 423069,55
Dennach betrug das Gesamtmögen... M. 445925,18
Nach dem Abschluß pro 1899 betrug dasselbe... 493999,42
Dennach ein Weniger am Schluß d. 1. Quartals von M. 48004,24
Um Schluß des 1. Quartals zählte die Kasse 222 berliche Verwaltungsbüro mit 17849 Mitgliedern.

A l t o n a, den 22. Mai 1900. S. Neiß, Kassirer.

Wortheitliche Abrechnung ist von uns geprüft, mit den Kostenbüchern und Belegen übereinstimmend befinden. Das Vermögen der Kasse ist uns nachgewiesen resp. vorgelegt worden.

Für den Ausschuß:

Joh. Stanting. S. Schulze. M. Landgraf.

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen: Friedrich Riedemann (Buch-Nr. 88 128); Friedrich Hing (Buch-Nr. 036 150); Albert Höfel (Buch-Nr. 75 828); dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

Der Vorstand.

S. A.: J. Efftinge, 2. Vorsitzender.

In der Zeit vom 29. Mai bis 5. Juni 1900 sind folgende Beiträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.

Von der örtlichen Verwaltung in Waldorf i. Hessen M. 150, Siegnitz 100, Höhndobelschen 100, Neppen 76,05, Niedersalm 32,75, Berden 18, Ober-Erlenbach 14,28, Erfurt 100, Gellinghausen 26,75, Bielefeld 270, Bellen i. d. Markt 65, Döbeln 4,80, Harburg 200, Norben 40, Gehren 14,06, Eschlin 100, Arnstadt 65,76, Kirchhüder 60, Cöthen 10, Gr. Kreuz 18, Steinemborn von Hansemann 21,26, Altona 420, Berlin III 170, Swinemünde 160, Osterberg 6,84, Leipzig 300, Freital 68,86, Bünzlau 18,50, Summa M. 3862,70.

Streifond.

Mit M. 350, Bivald 100, Göppen 55,80, Siegnitz 100, Höhndobelschen 100, Berden 8, Erfurt, Göbbecke, Herbolzheim 150, Gaarden 80, Gellinghausen 12, Bielefeld 200, Bellen i. d. Markt 85, Norben 20, Cöthen 35, Arnstadt 20,80, Cöthen 10, Gr. Kreuz 6,40, Altona 180, Swinemünde 90, Osterberg 6,24, Agitationskreis Mainz, durch Barth 500, Freital 24,88, Bünzlau 78,86. Summa M. 2125,68.

Für statistische Tabellen.

Dresden M. 2,25, Siegnitz 2,50, Gellinghausen 1,25, Bielefeld 2,50, Eisenberg 1,25, Altona 2,50, Bünzlau 2,50, Überwesel 1,25. Summa M. 19.

Für gelieferte Flugblätter.

Hann. i. W. M. 4,80, München 92, Eisenberg 4,20, Bünzlau 4,80. Summa M. 45,80.

Die Bahnhofskasse, Kassirer resp. Einsender von Gebühren erfordert, auf den Postabzählnitten genau anzugeben, wofür das eingezahlte Geld bestimmt ist.

Hamburg, den 5. Juni 1900. S. Röfer, Hamburg-St. Georg, Brennerstr. 11, 1. Et.

Anzeigen

(Anzeigen-Annahme bis Dienstag Morgens 8 Uhr.)

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandskollegen, sowohl wie innerhalb einer Woche nach dem Sterbedate.

Bethan. Am 21. Mai gestorben unser Verbandskollege **Wilh. Schnibig** im Alter von 68 Jahren an der Influenza. Der Verstorbene war einer der ersten mit in unserer Bahnhofskasse. Böhlenbach. Am Montag, den 21. Mai gestorben unser Verbandskollege **Joseph Stein** im Alter von 81 Jahren an der Schwindsucht. König-Wusterhausen. Am 27. Mai starb unser Verbandskollege **Otto Krüger** aus Gallun im Alter von 25 Jahren an der Lungenschwindsucht. Potsdam. Am Sonnabend, den 2. Juni, verstarb infolge Altersgründen unser Verbandskollege **Karl Prenke** im Alter von 25 Jahren.

Erheblichem Andenken!

Fachschriften u. Lehrbücher für Handwerker u. Gewerbebetreibende.

Katalog gratis auffrankt.
JOH. SASSENBACH, Bücher-Versand, BERLIN

Ueberall

auch wir thätige Parteigenossen, die in den Gewerkeverbands- und Volksversammlungen den Einzelverkauf des bekannten humoristisch-satirischen Arbeiterblattes

Süddeutscher Postillon

übernehmen können.

Günstige Bedingungen.

Weitere Auskunft ertheilt auf ges. Anfrage
M. Ernst, Verlag, München,
Sönfelderstrasse 4.

Bielefeld. Karl Eilers. Bielefeld.

Gehrenberg 32. Versandhaus für die Kollegen des Maurerverbandes.

Spezialität:
Englische Lederhosen, Blousen, Wasserrägen, Ketten, sowie sämtliches Maurerwerkzeug.

Brügge nach Maß in jeder Preislage. Verband nach auswärts vorlorfei geg. Nachn.

Eigene Fabrik schwerer Arbeiter-Garderobe

Unerreicht

an Sitz, Halbarkell und Schnitt!

M. Mosberg, Bielefeld

Nur echt mit dieser Marke!

Um die allein echten, weltberühmten **Mosberg'schen Fabrikate** zu bekommen, adressire man stets genau:

M. Mosberg, Bielefeld.

Für Maurer (Weißbinden) zum Abreißen:

Vol. 1. Dual. 180:260:16 mm, 20 St. M. 8,-

Vol. 2. " 180:250:12 " 20 " 6,50

August Weber, Filzgeschäft, Lehrte i. S.

Kollegen Deutschlands! Isländer prima, 26 schwer, M. 6. Echte Hamburger Lederhosen I. M. 6,50, II. (2) 8 schwer) M. 4,80, III. M. 8,20 vorlorfei. Streng reell. Nicht Gefallenes nicht retournieren. Muster und Preislisten gratis. Kollege Hohlfeld, Dresden-N., Mitterstr. 4.

W. A. Langer, Leubsdorf i. S.

liefer allein überallhin ff.

Double-Lederhosen,

praktisch für Maurer,

zu bekannten Preisen.

J. Blume & Co., Hamburg.

EINGETRAGENE SCHUTZ-MARKE

Arbeits-Attilik u. Isländer Jacken.

Muster und Preislisten gratis.

J. Blume & Co., Hamburg.

Achtung, Verbandskollegen! Wasserfeste verleie überall hin unter Garantie. Eigene Fabrikat. Jede Ware ist präzise gearbeitet, und nehm' ich nicht genau funktionirende zurück. 1 m lang M. 2, 76 cm M. 1,80, 60 cm M. 1,70. Porto extra.

Carl Herold, Chemnitz, Reichsstr. 63.

* Arbeitssmarkt *

Tüchtige Maurer, Verbandskollegen, finden dauernde Arbeit in Neu-Ruppin. Zu melden bei dem Bevollmächtigten, Karlstraße 13.

20 Maurer, Verbandskollegen, finden Arbeit in Bitterfeld. Zu melden bei dem Bevollmächtigten Karl Hammer, Dörfauerstr. 19.

* Versammlungs-Anzeiger *

Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen des Ortsvereins angekündigt, die jeweilige Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Das Preis für jede Anzeige, die den Raum von 3 Zellen nicht überschreitet darf, beträgt 20.-. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung besonders eingesandt werden.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, 10. Juni:

Annaburg. Außerordentliche Mitgliederversammlung im Wallhof. Zum goldenen Ring. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Bitterfeld. Nach 3 Uhr in Dolzer's Hof. Das Treffen ist offen, jeder Kollege wird dringend gewünscht.

Dahlen. Vorm. 10 Uhr im Vereinslokal. Bitterfelder Schule.

Gera. Nach 3 Uhr im "Alten". Wohl der breiteste Platz der Stadt.

Krefeld. Morgens 11 Uhr bei Göttinger, Kielstraße 10, Bitterfelder Böhlau.

Schniedelstädt. Nach 6 Uhr im Vereinslokal. Das Treffen ist offen, jeder Kollege wird dringend gewünscht.

Templin. Nach 3 Uhr im Schützenhaus.

Zehdenick. Nach 3 Uhr bei Wehrer, Z. L. Vortrag von Krausemann. Das Treffen ist offen.

Montag, 11. Juni:

Celle. Gestern halber findet die nächste Mitgliederversammlung am Montag, den 11. Juni statt.

Sonntag, 17. Juni:

Ziegenzig. Nach 3 Uhr bei Möller, Böhm. u. Arbeitszeitraum, Stiftungsfest. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Brentel-Krahenkasse der Maurer usw.

Sonntag, 10. Juni:

Friedenau. Vormittags 10 Uhr bei Graue, Wohl der Delegierten zur Generalsammlung. Verbandsversammlung am zentralen Friedhof.

Rixdorf. Statutenberatung. Wohl der Abgeordneten zur Generalsammlung. Rassenangelegenheiten.

Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & So. in Hamburg.